
Stadt Zürich
Geschäftsbericht 2003
Sozialdepartement

Zentrale Verwaltung

Rigoreuse Sparpläne in Zeiten steigender Soziallasten

Die Wirtschaftsentwicklung zeigte 2003 eindeutige Krisenzeichen: Firmenschliessungen, massiver Abbau von Arbeitsplätzen, zunehmende Konkurse und folglich markant steigende Arbeitslosenzahlen standen auf der Tagesordnung. Wie kaum anders zu erwarten, jagten sich daher auch allseits die Sparpläne. Und dies nach dem bekannten Muster: Der Bund entlastet seinen Haushalt und gibt den Ball weiter an die Kantone; diese sehen sich ebenfalls gezwungen Sanierungsprogramme aufzustellen und schieben die Lasten «möglichst sozialverträglich» den Städten und Gemeinden zu. Der Kanton Zürich bildete hier keine Ausnahme. Besonders bemerkenswert beim aktuellen Sanierungsprogramm im Sozialbereich ist die Tatsache, dass auch wirtschaftliche Hilfeleistungen an einkommensschwache Haushalte einen wichtigen Posten im Sparpaket bilden sollen: Die Abschaffung der kantonalen Beihilfen zur AHV/IV stehen zur Debatte wie auch die Halbierung des sogenannten Grundbedarfs II in der Sozialhilfe (ursprünglich war sogar eine gänzliche Streichung beabsichtigt). Die Konsequenz der geplanten Einsparungen des Kantons für das städtische Sozialwesen wäre nach aktueller Schätzung eine Mehrbelastung um mehr als 27 Millionen Franken. Damit bliebe vom Lastenausgleich (Kanton/Stadt Zürich) im Bereich Soziales schlicht nichts mehr übrig. Diese Mehrbelastungen ergeben sich vor allem durch: die Reduktion des Kostenersatzdauer bei der Sozialhilfe für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner, die Streichung der Beiträge an die Jugend- und Familienhilfe, die Berufsberatung, die Alimentenbevorschussung, die Kleinkinderbetreuungsbeiträge und die Beitragsreduktion an Einrichtungen der Drogenhilfe. Noch gar nicht in dieser Rechnung enthalten sind die politisch sehr umstrittenen und auch noch nicht beschlossenen Kürzungen der Transferleistungen.

Was das Sparen betrifft, so zog im Sommer auch der Gemeinderat nach: Es wurde eine Reihe von Vorstössen eingereicht, die ebenfalls deutliche Sparopfer im Sozialwesen der Stadt im Visier haben. Der daraufhin vom Sozialdepartement vorgelegte Bericht über seine Aufgaben, deren Kosten und die jeweilige rechtliche Verpflichtung und Bindung zur Aufgabenerfüllung wurde vom Gemeinderat sehr positiv gewürdigt. Es wird sich in Laufe des Jahres 2004 konkret zeigen, in welche Richtung die Sparaufträge seitens des Gemeinderats gehen werden.

All die Sparanstrengungen im Sozialbereich erscheinen paradox angesichts der Tatsache, dass aufgrund der erneut angespannten Arbeitsmarktlage (insbesondere für weniger Qualifizierte) immer mehr Menschen in grosse wirtschaftliche und in der Folge oft soziale Bedrängnis geraten. Soziale Isolation und Desintegration sind ein hoher Preis, den die einzelnen und letztlich die ganze Gesellschaft zu zahlen hat. So hatte die Sozialhilfe Ende 2003 einen bedenklichen Rekord zu verzeichnen: Die Zahl der Fälle erreichte einen absoluten Höchststand, der jenen der späten 90er Jahre weit übertraf. Eine Entspannung ist zur Zeit nicht abzusehen. Denn auch wenn die Sozialhilfe mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln versucht, Bezügerinnen und Bezüger wieder in das Erwerbsleben zu reintegrieren, sind die Erfolge letztlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Wenn schlicht zu wenig geeigneten Stellen vorhanden sind, nützen alle Bemühungen und Anreize kaum. Als Erfolg muss daher gewertet werden, dass, absolut betrachtet, die Zahl der Ablösungen von der Sozialhilfe nicht zurückgegangen ist. Symptomatisch in diesem Zusammenhang ist auch der (bislang) geringe Erfolg des Arbeitsintegrationsprojektes «Einarbeitungszuschüsse» zu betrachten. In diesem Projekt sollen Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Trotz sorgfältiger Auswahl der Teilnehmenden, degressiven und zeitlich begrenzten Zuschüssen an die vom Arbeitgeber zu bezahlenden (branchenüblichen) Löhne und Begleitung der Teilnehmenden, ist es äusserst schwierig, Arbeitgeber zu finden, die geeignete Arbeitsplätze für die Zielgruppe anbieten können.

Angesichts der kaum beeinflussbaren Kostensteigerungen im Bereich der Transferleistungen (Sozialhilfe und Zusatzleistungen zur AHV/IV) erstaunt es grundsätzlich nicht, dass für sozialintegrative, sozialpräventive Angebote oder Einrichtungen zur Begrenzung sozialer Schäden der Spielraum immer enger wird. Umso wichtiger sind ein sorgfältiges Controlling und eine zielgerichtete Beobachtung dieser Angebote und Leistungen hinsichtlich ihrer effektiven Wirkung. Nur: Gerade bei präventiven Leistungen – aber nicht nur – ist ein klarer Wirkungsnachweis alles andere als einfach. Damit wird auch das Feld für Neues und für Experimente immer kleiner. Denn bekannte und eingeführte Angebote und

Leistungen haben erfahrungsgemäss einen Traditionsvorteil. Die Gefahr besteht, dass gute und erfolgversprechende Innovationen aufgrund einer durchaus verständlichen Skepsis Neuem gegenüber auf der Strecke bleiben, da die Mittel bereits «besetzt» sind. Entwicklung wird so immer schwieriger.

Legislatorschwerpunkte des Stadtrates

«Jugendstadt – Alterstadt»: Dieser Legislatorschwerpunkt wurde vom Stadtrat sehr bewusst als farbiger Kontrapunkt zu all jenen Schwerpunkten gesetzt, die hauptsächlich im Bereich der «Hardware» anzusiedeln sind wie zum Beispiel «Wichtige Bauten für Sport, Kultur, Kongresse» oder «Gesunde Finanzen». Es stehen hier zwei wichtige Bevölkerungsgruppen im Zentrum, die noch nicht oder nicht mehr zur «Arbeitsgesellschaft» gehören und sich vielleicht gerade deshalb durch einen eigenständigen, offenen und manchmal widerspenstigen Blick auf das Gemeinwesen auszeichnen. Junge und Alte haben heutzutage oft wenig miteinander zu tun, es sei denn, die eine Gruppe «nervt sich» über die andere. Es geht bei diesem Legislatorschwerpunkt auch nicht darum, in sozialromantischen Vorstellungen zu schwelgen, sondern echtes Interesse füreinander – und das gibt es nach wie vor – zu wecken und zu fördern. Dies nicht mit grossangelegten Projekten und Aktionen, sondern im Kleinen: Begegnungen stattfinden lassen, dazu Anstoss und Raum geben. Das ist zum Beispiel mit dem Kleinprojekt «Die Brücke zwischen den Generationen» gelungen. Hier haben vier Jugendliche unter der Anleitung einer Jugendtreffleiterin zusammen mit sechs Altersheimbewohnerinnen und -bewohnern in grosser Begeisterung einen Videofilm gedreht über ihre Gespräche, Begegnungen und Weltansichten. Ein Experiment zum Vorzeigen im eigentlichen Wortsinn. Im Bereich «Jugend», für den das Sozialdepartement zusammen mit dem Schul- und Sportdepartement verantwortlich zeichnet, wurden zudem umfangreiche Vorarbeiten für ein Jugendkonzept geleistet, unter dem Titel Bildungsimpuls dringend benötigte 300 zusätzliche Lehr- und Praktikumsstellen geschaffen (davon etwa die Hälfte in der Stadtverwaltung!), alltagsnahe Projekte mit ernstgenommener Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt und schliesslich unter der Federführung des Schul- und Sportdepartements weitere Massnahmen zur Prävention und Intervention im Bereich Gewalt von und unter Jugendlichen entwickelt.

«Ausbau der Kinderbetreuung»: Obwohl die Stadt Zürich bereits über ein beachtliches Angebot an Krippen- und Hortplätzen verfügt, ist die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschul- und Schulalter immer noch grösser als das Angebot. Deshalb hat der Stadtrat den bedarfsgerechten Ausbau der familien- und schulergänzenden Betreuung von Kindern von der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulpflicht zu einem Legislatorschwerpunkt 2002 – 2006 erklärt.

Die detaillierte Auswertung der Bevölkerungsbefragung der Fachstelle für Stadtentwicklung zeigt klar, dass für Haushalte mit Kindern die Wichtigkeit von städtischen Kinderbetreuungsangeboten gross und die Zufriedenheit höchstens knapp genügend ist.

Nach der Mütter- und Väterbefragung sind die grössten Lücken bei der Mittagsbetreuung im Schulbereich und beim Zugang von Betreuungsangeboten bei niedrigen Einkommensklassen.

Im letzten Jahr haben vier departementsübergreifende Projektteams aus dem Schul-, dem Hochbau- und dem Sozialdepartement ihre Arbeit zu den Themen Angebotserhebung, Bedarfsanalyse, Rauminfrastruktur «Synergiestudie» und neue innovative Modelle aufgenommen, erste Ergebnisse in Form von Zwischenberichten präsentiert und das weitere Vorgehen skizziert. Der Steuerungsausschuss hat beschlossen, eine Strategie mit Massnahmenplan inkl. künftige Kosten zu erarbeiten. Bevor nun weitere Planungsressourcen für den Legislatorschwerpunkt aufgewendet werden, soll auch der Gesamtstadtrat sein Einverständnis für das geplante Vorgehen geben. Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Volksinitiative «Kinderbetreuung konkret» wird er das im nächsten Frühling tun.

Politische Geschäfte

Von den wiederum zahlreichen politischen Geschäften, welche die Spezialkommission des Sozialdepartements und den Gemeinderat im Jahre 2003 besonders forderte, seien an dieser Stelle genannt: die definitive Einführung des t-alk (Treffpunkt für Alkoholikerinnen und Alkoholiker), die Erhöhung der Beiträge an private Anbieterinnen und Anbieter soziokultureller Leistungen im Kontext der Strukturel-

len Besoldungsreform 2000, welche für Sozialtätige in der Stadtverwaltung die längstens ausgewiesenen Lohnanpassungen brachte, der Bericht zum Postulat zur Schaffung einer Anlaufstelle in der Stadtverwaltung für Behinderte und schliesslich wiederum ein Paket zur Verlängerung oder definitiven Weiterführung von Arbeitsintegrationsprogrammen. Bei letzteren stand die Vorlage zum Umzug der Programme aus dem Hürlimann-Areal in die Tramont-Halle im Vordergrund. Die diesbezüglichen Entscheide des Gemeinderats stehen allerdings noch aus, sind aber bereits im Januar 2004 traktandiert. Ein weiterer grosser Höhepunkt des politischen Geschäftes war die Zustimmung des Gemeinderats zur neuen Bauvorlage für das «Jahrzehnteprojekt» Quartierzentrum Aussersihl. Nach vielen gescheiterten Anläufen war noch einmal mit viel Energie ein neues Projekt für die Bäckeranlage ausgearbeitet worden, welches grossmehrheitlich dem kritischen Blick aller massgeblichen formellen (und informellen) Instanzen standhielt: Die Baumaschinen durften auffahren und wenn alles plangemäss läuft, werden sich die Aussersihlerinnen und Aussersihler endlich im Sommer/Herbst 2004 eines Quartiertreffpunktes für alle erfreuen können. Die ehemals berühmt-berüchtigte Bäcki wird sich definitiv zum attraktiven Begegnungsort im sozial nicht eben bevorzugten Quartier wandeln können.

sip züri

Im Wesentlichen blieb das Tagesgeschäft von sip züri im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr inhaltlich unverändert: Im Vordergrund standen soziale und ordnungspolitische Interventionen an verschiedenen öffentlichen Plätzen in der Stadt Zürich. Einsatzschwerpunkte waren die Langstrasse und der Limmatplatz, das Zeughausareal, der Stauffacher, das Bellevue, der Stadelhoferplatz sowie die Seeanlage beim Hafen Riesbach. Bei insgesamt rund 11 000 Einsätzen wurde in rund 60% der Fälle wegen Ordnungsstörungen interveniert, in 12% wegen sozialen Problemen, bei 7% wegen gesundheitlichen Problemen und in 23% aller Fälle handelte es sich um Kontakte mit der breiten Bevölkerung. Bei letzteren ging es jeweils darum, Meldungen und Anliegen entgegen zu nehmen oder Informationen weitergeben zu können.

Einen neuen Schwerpunkt bildeten Interventionen bei auffälligen Jugendlichen, sowohl in der Seeanlage als auch in der Umgebung verschiedener Schulhäuser auf dem ganzen Stadtgebiet. sip züri klärte die Situation und Bedürfnisse solcher Jugendlicher vor Ort ab und verständigte je nach Bedarf die jeweils zuständige Stelle, sowohl seitens der Jugendarbeit und der Jugendhilfe als auch seitens der Stadtpolizei. In manchen Fällen wurden direkt die Eltern eingeschaltet.

Ein spezieller Arbeitsschwerpunkt war ausserdem die Betreuung verschiedener Schulhöfe, damit diese von Kindern und Jugendlichen aus dem jeweiligen Quartier ausserhalb der Unterrichtszeiten genutzt werden konnten. Am Stadelhofenplatz führte sip züri mediatorische Aktionen durch, welche zum Ziel hatten, zwischen den verschiedenen Nutzergruppen verbindliche Vereinbarungen über die Nutzung des Platzes zu treffen. Diese Aktionen am Stadelhoferplatz wurden in Zusammenarbeit mit den Anrainern veranstaltet und durch Sponsoring finanziert («Public Private Partnership Stadelhofen»). Weitere spezielle Projekte waren die Aktionen zur Sensibilisierung von Freiern und der Einsatz am Schulsilvester.

t-alk

Politisch war das Geschäftsjahr 2003 des t-alk geprägt vom Gemeinderatsentscheid über die definitive Einführung dieser Anlaufstelle für Alkoholikerinnen und Alkoholiker, wofür sich der Gemeinderat am 10. September 2003 mit offensichtlichem Mehr aussprach.

Der Betrieb des t-alk verzeichnete im letzten Trimester 2003 eine abermals gestiegene Auslastung von rund 66 Personen pro Tag. 154 Personen nahmen auch Beratungsleistungen in Anspruch; von diesen verkehrten 3,2% gar nicht im Treffpunkt selbst, sondern wurden ausschliesslich direkt vor Ort beraten (Streetwork).

Die hohe Belegung bei nach wie vor prekären Raumverhältnissen führte dazu, dass gegenüber dem Vorjahr deutlich mehr Hausverbote ausgesprochen wurden. Ausserdem wurden einige Angebote, insbesondere das Mittagessen (mittels einer sogenannten «Member-Card») auf die eigentliche Zielgruppe beschränkt. Das Besucherprofil blieb weitgehend konstant; allerdings nahm die Anzahl Perso-

nen mit sehr auffälligem Trinkverhalten eher ab, die Anzahl Personen mit psychischen Auffälligkeiten eher zu.

Zu den speziellen Leistungen des Geschäftsjahres 2003 gehörte das Würfelspiel «walkitalki», das in spielerischer Form das Leben «auf der Gasse» in Zürich veranschaulicht und das die Besucherinnen und Besucher selber hergestellt haben. Auch wurden nach ersten Experimenten im Vorjahr die sogenannten «Teamfreien Tage» definitiv eingeführt: Einmal pro Monat leiten einige Besucher den Treffbetrieb selbst. Dazu werden sie speziell geschult, und es wird mit ihnen ein Vertrag abgeschlossen, welcher die Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Eine weitere Besonderheit des Geschäftsjahres 2003 war das Projekt «Seitenwechsel»: Drei Manager aus der Privatwirtschaft arbeiteten je eine Woche im t-alk mit – sowohl für sie selbst als auch für Gäste und Team eine spannende Erfahrung.

Zentrale Ressourcendienste

Voraussetzung für gute Supportleistungen ist ein gut entwickeltes Dienstleistungs-Management

Im 2003 haben sich die ZRD schwerpunktmässig auf die Strukturierung ihrer Dienstleistungen konzentriert. Das spezielle Interesse galt dem Umfang, der Effektivität, der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit und den Verantwortlichkeiten, die im Rahmen des Supportauftrages erbrachten Dienstleistungen. Resultat der Bemühungen sind zum einen die Dokumentation aller Dienstleistungen, welche die ZRD zur Zeit erbringen. Zum anderen wurden zwischen den ZRD und ihren Partnerinnen und Partnern Dienstleistungs-Zielvereinbarungen getroffen, die der Verbesserung der Qualität einzelner Dienstleistungen dienen.

Die Strukturierung der Dienstleistungen erfolgte mittels eines fünfstufigen Vorgehens, dessen Einzelschritte im Folgenden beschrieben werden.

Analyse der Dienstleistungen

Was ist der Inhalt unserer Supportaufgaben? Wie lassen sich diese beschreiben und dokumentieren? Jede Abteilung der ZRD identifizierte, bezeichnete und beurteilte ihre Dienstleistungen nach einheitlichen Kriterien und dokumentierte sie in einem gemeinsamen Katalog. Nebst der detaillierten Beschreibung der Anforderungen, die an die ZRD als Dienstleistungserbringerin gestellt werden, wurden auch Qualitätsziele festgelegt und die Rollen beschrieben, die von den ZRD und ihren Partnerinnen und Partnern übernommen werden.

Die untenstehende Darstellung veranschaulicht den Schritt der Analyse am Beispiel der Dienstleistung «Zeugnisse erstellen» aus der Abteilung Personalmanagement.

Abteilung:	Personalmanagement
Dienstleistungsgruppe:	Personaleinsatz gestalten
Dienstleistung:	Zeugnisse erstellen
Teilprozess:	Zwischenzeugnisse und Arbeitszeugnisse erstellen
Qualitätsziele:	- Die Erstellung und Aushändigung an die Mitarbeitenden erfolgt termingerecht - Die Inhalte sind wahr, wohlwollend, vollständig und klar (keine Codierung)
Rollenteilung:	Verantwortliche für Input, Lead, Mitarbeit und Entscheid

Das Ergebnis der Analyse ist ein Dienstleistungs-Katalog, der zur Zeit rund 110 Dienstleistungen der ZRD detailliert beschreibt und den ZRD und ihren Partnerinnen und Partnern einen umfassenden Überblick erlaubt. Umfang, Verantwortlichkeiten (Rollen) und Ziele können damit bereits weitgehend veranschaulicht werden.

Verifikation mit den Partnerinnen und Partnern

Die Ergebnisse der Analyse der Dienstleistungen wurden den Partnerinnen und Partnern der ZRD kommuniziert und in Form eines gedruckten Dienstleistungs-Kataloges übergeben. An die PartnerInnen erging der Auftrag, den Katalog auf Verständlichkeit und gleiche Wahrnehmung der beschriebenen Dienstleistungen zu überprüfen. Die PartnerInnen sollten diejenigen Dienstleistungen bezeichnen, für die sie eine Verifikation der Ziele, Rollenteilungen und Abläufe als notwendig erachteten.

Aufgrund der Rückmeldungen der PartnerInnen konnte die Verifikation der Dienstleistungen eingeleitet werden. Sie wird ab dem ersten Quartal des Jahres 2004 durchgeführt.

Dienstleistungs-Zielvereinbarungen

Die Dienstleistungs-Zielvereinbarungen sind ein Instrument zur Umsetzung der Strategien der ZRD. Sie beschreiben die wichtigsten Zielsetzungen für das nächste Jahr und sollen dazu beitragen, die Qualität des Supports auf ein hohes Niveau zu bringen und auf diesem zu halten. Damit sind die Zielvereinbarungen für die ZRD ein wichtiges Instrument ihres Qualitätsmanagements. Das Konzept lehnt sich an jenes der Ziel- und Beurteilungsgespräche des Personalrechts an: Die Dienstleistungen stellen den Dauerauftrag dar (analog dem «Stellenbeschrieb»), woraus einzelne Dienstleistungen speziell hervorgehoben und mit Zielsetzungen versehen werden (analog Zielvereinbarungen im Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch).

Die ZRD haben mit ihren Partnerinnen und Partnern Dienstleistungs-Zielvereinbarungen für das Jahr 2004 getroffen.

Verrechnung der Dienstleistungen

Die Verrechnung der Dienstleistungen soll mit einem geringen Aufwand, möglichst genau und transparent, aber auch ordnungsgemäss durchgeführt werden. Dabei soll das System so gestaltet sein, dass das Dienstleistungsangebot durch die PartnerInnen effizient, effektiv und sparsam genutzt wird.

Kalkulation der Dienstleistungen

Die Kalkulation der Dienstleistungen soll unter anderem dazu beitragen, die Kosten der ZRD Dienstleistungen zu kennen, diese zu beurteilen und – wo möglich und sinnvoll – auch vergleichen zu können.

Die beiden Teilaufgaben des Dienstleistungs-Managements Verrechnung und Kalkulation sind zur Zeit noch in Bearbeitung. Umsetzbare Ergebnisse werden 2004 vorliegen.

Nachfolgend die wichtigsten Entwicklungen in den einzelnen Abteilungen der ZRD:

Personalmanagement

Im Rahmen der alltäglichen Personalarbeit konnte die Zusammenarbeit der Mitarbeitenden im Personalmanagement mit den Linienvorgesetzten ihrer Betreuungsbereiche weiter konsolidiert und vertieft werden. Mitte Jahr galt es zudem, die mit der Auflösung der Dienstabteilung «Amtsvormundschaft» verbundenen administrativen und personellen Veränderungen für die rund 70 betroffenen Mitarbeitenden zu begleiten und operativ umzusetzen. Daneben waren zusätzliche, kurzfristig angeordnete Aufgaben wie die Rekrutierung und Anstellung von 16 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie von Sozialarbeitenden und Sachbearbeitenden für 10 Zusatzstellen in den Intakes der Sozialzentren zu bewältigen. Erfreulich zu werten ist die Tatsache, dass im Rahmen der Lehrstellenoffensive der Stadtverwaltung die Ausbildungsplätze für KV-Lernende dank eines Zusatzefforts der Berufsbildungsverantwortlichen sowie der BerufsbildnerInnen um ein Drittel auf 38 Lehrstellen aufgestockt werden konnten.

Neu initiiert worden sind für das gesamte Sozialdepartement die Informationsnachmittage für neue Mitarbeitende. In sechs Veranstaltungen pro Jahr werden Neueingetretene über die Aufgaben und Ziele der verschiedenen Dienstabteilungen, die aktuellen Themen des Sozialdepartements sowie die

Vorstellungen und Erwartungen der Vorsteherin orientiert. Ebenfalls auf Stufe Departement zu koordinieren waren die Formulierung und Ausgestaltung einer einheitlichen Policy zum Einsatz von Supervisionsmassnahmen. Zusätzlich wurden verschiedene Aktivitäten, die aus der Mitwirkung in der changeKULTUR-Gruppe des Departements resultierten, konzipiert und teilweise realisiert. Zu nennen sind hier Massnahmen wie Seitenwechsel, Einblicke oder Spots.

Parallel zur Alltags- und Projektarbeit wurden die mit dem Reengineering initiierten Arbeiten weiter entwickelt. Im Zentrum stand die Ausgestaltung von bedarfsgerechten und fundierten Angeboten und Dienstleistungen des Personalmanagements, so unter anderem die Evaluation von Persönlichkeits-tests, die Entwicklung eines einheitlichen Konzepts für Arbeitszeugnisse und die inhaltliche wie formale Überarbeitung von laufend verwendeten Serienbriefen. In zwei Workshops wurde zudem die Interviewtechnik für Anstellungsgespräche kritisch reflektiert und geübt.

Finanzmanagement

Per 1.1.2003 wurde die Organisationsstruktur der neuen Abteilung Finanzmanagement implementiert. Alle vakanten Kaderstellen konnten ab diesem Datum besetzt werden.

Für das laufende Tagesgeschäft wurden die notwendigen organisatorischen und strukturellen Massnahmen getroffen, um die neuen Sozialzentren optimal mit Finanzdienstleistungen bedienen zu können. Im Laufe des Jahres wurden neue Instrumente entwickelt und eingeführt, um verschiedene Dienstleistungen der Abteilung Finanzmanagement den Bedürfnissen der PartnerInnen anzupassen, beispielsweise ein online abrufbarer Budget/Ist-Vergleich. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Controlling Dienste konnten verschiedene Detailprozesse überprüft und angepasst werden.

Infolge Auflösung der Amtsvormundschaft per Mitte Jahr wurden verschiedene Prozesse reorganisiert und optimiert, um die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und -träger auch in ihrer neuen organisatorischen Einbettung mit Finanzdienstleistungen zu unterstützen, beispielsweise durch die Einführung von elektronischem Zahlungsverkehr in der Kreditorenbuchhaltung. Im Rahmen eines Projektes wurde die Kasse der Amtsvormundschaft an der Selnaustrasse 9 aufgehoben. In Zusammenarbeit mit der Stadtkasse konnten die Prozesse zur Auszahlung von Barbeträgen an Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen neu konzipiert und bei der Stadtkasse implementiert werden.

Dass die Konti von Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen nicht verzinst wurden, war seit einiger Zeit bemängelt worden. Im Laufe des Jahres 2003 konnte ein Konzept zur Verzinsung der Konti erarbeitet und verabschiedet werden. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Organisation & Informatik wurde das entsprechende Detailkonzept erstellt, getestet und implementiert. Ab 1.1.2004 werden die Konti verzinst.

Im Rahmen der Erstellung der Abrechnung der Übernahme der Krankenkassenprämien für Sozialhilfe-EmpfängerInnen an den Kanton für das Jahr 2002 wurde klar, dass der entsprechende Prozess überprüft werden musste. In einem Projekt unter der Leitung des Kompetenzzentrums der Sozialen Dienste konnte in Zusammenarbeit mit mehreren Stellen des Sozialdepartements ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Der Aufwand für die Erstellung der Abrechnung sollte dadurch reduziert werden können.

Die Zahl der mitfinanzierten Betreuungsverhältnisse in privaten Kleinkindertagesstätten hat erneut um 6.5% zugenommen.

Organisation & Informatik

Die neue Organisationsstruktur der Abteilung, die ausgehend von den Dienstleistungen und den Kernprozessen definiert worden ist, wurde umgesetzt. Damit ist die Grundlage für eine gezielte und umfassende Wartung und Unterstützung der Systeme und Applikationen gegeben. Ein grosses Gewicht wurde auf die Dokumentation der Applikationen und Systeme gelegt.

Daneben nahm die Mitarbeit an den folgenden Projekten viel Raum ein:

Für die Eröffnung des Sozialzentrums Höggerstrasse und die räumliche Integration sowohl des

Quartierteams Schwamendingen in die Dorflinde wie auch der AV-Büros in die Sozialzentren wurden die Umzüge durchgeführt und die IT-Infrastruktur am neuen Ort verfügbar gemacht.

Die Applikation PROLeist wurde für die Unterstützung der beruflichen Integration der Sozialhilfe-klientinnen und -klienten erweitert sowie an die neuen Bedingungen des Chancenmodells angepasst. Im Vorprojekt «Fallmanagement Modell Zürich» wird zur Zeit die Machbarkeit für eine neue Applikation für die Einzelfallhilfe (Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe, Vormundschaftliche Massnahmen) geprüft.

Rechtsdienst

Das vielfältige Angebot des Rechtsdienstes wurde auch im Berichtsjahr unvermindert stark nachgefragt. Aufgrund der konsolidierten neuen Organisationsform, im Zuge von Gesetzesänderungen und aufgrund der sozio-ökonomischen Entwicklungen ergaben sich einige Akzentverschiebungen.

Die im Berichtsjahr einsetzende Fallzunahme in der Sozialhilfe führte im Rechtsdienst zu einer signifikant höheren Anzahl von Vertretungen in Sozialversicherungsfragen sowie zu einer deutlich höheren Arbeitslast im Beschluss- und Einspracheverfahren der Fürsorgebehörde.

Im Rahmen seiner Mitarbeit im Projekt «Management Krankenkassenprämien» leistete der Rechtsdienst die umfangreiche rechtliche Beratung in dieser komplexen Materie.

Für die mit der Anfang 2000 in Kraft getretenen Scheidungsrechtsrevision neu eingeführte Vertretung von Kindern in Ehetrennungs- und Ehescheidungsverfahren wurde der Rechtsdienst im abgelaufenen Jahr ebenfalls vermehrt in Anspruch genommen. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen.

Schliesslich wurden die Dienstleistungen des Rechtsdienstes auch ZRD-intern stärker in Anspruch genommen; dies unter anderem in Zusammenhang mit dem auf 1.7.2002 in Kraft getretenen neuen Personalrecht.

Raummanagement

Neben den Inhalten des Tagesgeschäftes nahm die Mitarbeit in verschiedenen Projekten die Ressourcen des Raummanagements in Anspruch.

Bei den neuen Sozialzentren wurde für das Sozialzentrum Höggerstrasse die Belegung, die Ausstattung und der Bezug (Einzug) geplant. Für das Sozialzentrum Albisriederhaus arbeitete das Raummanagement im Projekt- und im Betriebsteam mit. In Zusammenarbeit mit der IMMO wurde bei den bestehenden Sozialzentren die Integration der Amtsvormundschaft in die Sozialzentren Dorflinde, Ausstellungsstrasse und Selnau unterstützt. Von der Integration in das Sozialzentrum Dorflinde waren zudem das Quartierteam Schwamendingen, die Gemeinwesenarbeit und die Kleinkindbetreuung betroffen.

Im Projekt «Masterplanung Sozialzentren», in dem auch die Sozialen Dienste und die IMMO vertreten sind, wurden Strategien festgelegt, Raummodelle und -standards fixiert und das Controlling etabliert.

Im Projekt «CAFM» (Computer Aided Facility Management) erarbeiteten IMMO und Raummanagement gemeinsam Kriterien für die Evaluation und Pilotierung eines Facility-Management-Tools.

Controlling Dienste

Bei den Dienstleistungen zugunsten der PartnerInnen der ZRD stand die Erarbeitung der Grundlagen für die Prognose über die Entwicklung der Transferleistungen und Fallzahlen in der Sozialhilfe im Vordergrund. Das Instrumentarium, welches dabei zur Anwendung gelangte, ermöglichte nicht nur eine fundierte und realistische Einschätzung der zu erwartenden Gesamtkosten in der Sozialhilfe, es diente auch der laufenden Überwachung und Analyse der Fallzahlen und -kosten und unterstützte die Kommunikation zur Sozialhilfe gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Neben den Projekten zugunsten der Direktion und der Abteilungen der ZRD haben die Controlling Dienste 2003 das Projekt «Engineering Dienste CD» durchgeführt, in welchem die eigene Abteilung

positioniert und ihr Dienstleistungsangebot definiert wurde. Mit dem Auftragswesen und dem Ressourcenpool wurden hier zwei innovative, die Produktivität der Abteilung unterstützende und fördernde Instrumente entwickelt.

Die Controlling Dienste haben mit ihrer Teilnahme auch verschiedene departementsweite Projekte und Aktivitäten unterstützt. Dazu gehörten das Projekt zur Neupositionierung der Asyl-Organisation, das Projekt «changeKULTUR», der Aufbau eines Management-Information-Systems für das SD, die Konzeption einer departementsweiten Kosten-Leistungs-Rechnung und Aufgaben im Zusammenhang mit dem Werd-Umzug.

Berufsberatung

Das im Dezember von den eidgenössischen Räten verabschiedete neue Berufsbildungsgesetz nBBG ist im Jahr 2003 durch eine entsprechende Verordnung über die Berufsbildung konkretisiert worden, sodass es ab 1.1.2004 in Kraft treten kann. Der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung ist sowohl im Gesetz als auch in der Verordnung ein eigenes Kapitel gewidmet. Dies bedeutet nicht zuletzt, dass die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes auch für die Berufsberatung gelten, insbesondere die Grundphilosophie des Gesetzes, die in Art. 1 festgehalten ist und postuliert, dass «die Berufsbildung eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (Sozialpartner, Berufsverbände, andere zuständige Organisationen und Anbieter der Berufsberatung)» ist. Im nBBG ist konsequent von «Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung» die Rede, womit die Laufbahnberatung an Bedeutung gewinnt. In der Verordnung ist zudem als Grundsatz festgehalten: «Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stellt zusammen mit Partnern Angebote zur Vorbereitung, Wahl und Gestaltung der beruflichen Laufbahn bereit.» Damit haben Aufgaben wie Berufswahlvorbereitung und Laufbahnvorbereitung an den Berufsschulen eine klare gesetzliche Grundlage.

Der Direktor der Berufsberatung der Stadt Zürich hatte Gelegenheit, im Laufe des politischen Prozesses am Berufsbildungsgesetz mitzuarbeiten und die Formulierungen der Verordnung mitzugestalten. Heute kann man feststellen, dass diese Grundlagen einer modernen Berufsberatungs- und Berufsbildungsauffassung entsprechen. Dies ist für die unterstützende Funktion, die die Berufsberatung der Stadt Zürich mit seinem Laufbahnzentrum wahrnimmt, eine wichtige Grundlage. Man kann ohne Vorbehalte sagen, dass die Funktionsweise der Berufsberatung der Stadt Zürich dem Geist und den Zielsetzungen des neuen Berufsbildungsgesetzes entsprechen.

Qualitätsmanagement

In einer internen 2-tägigen Fortbildung befasste sich die ganze Berufsberatung mit der Thematik der Qualitätssicherung und Entwicklung ihrer Dienstleistungen. Dabei stand die Verbesserung der Arbeit im Mittelpunkt, verbunden mit der Vorgabe, diese ohne personellen Ausbau zu realisieren. Damit wurde ein Grundstein gelegt und die Mitarbeitenden zum Thema Qualität sensibilisiert.

*Persönliche Beratung*¹

Im Berichtsjahr wurden 6 331 (6 413) individuelle Beratungsfälle abgeschlossen. Praktisch gleich viele wie im Vorjahr, bzw. 25% mehr als 1999. Der Anteil Erwachsener (18-jährig und älter) beträgt nun 61%. Dieser wohl gesamtschweizerisch höchste Erwachsenenanteil hat mit den Beratungen von Arbeitslosen, die der Berufsberatung vom RAV zugewiesen werden, zu tun. Die RAV-Fälle sind auf 1 268 (887) angestiegen, was einer Zunahme von 43% entspricht. Im Gegenzug wurden etwas weniger Jugendliche beraten. Unter den Erwachsenenberatungen machen die sogenannten RAV-Fälle (Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen) 32,7% (25,5%) aus. Diese Leistungen waren nur möglich durch interne Flexibilisierung innerhalb der verschiedenen Beratungsabteilungen.

¹ Siehe Tabellen 1-3, Seite 36

*Öffentlichkeitsarbeit*¹

Wegen der angespannten Lehrstellensituation wurde im Jahr 2003 die Öffentlichkeitsarbeit stark intensiviert, insbesondere was Referate und Beiträge in Medien betrifft. Die Anzahl der Schulhauspräsenzen ist leicht zurückgegangen, hingegen hat sich der Stundenaufwand der Präsenzen auf 1 847 Stunden (1 469 Stunden) erhöht. Bei den übrigen Öffentlichkeitsaktivitäten sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Abweichungen zu vermerken.

Die berufskundlichen Publikationen, die seit vielen Jahrzehnten eine Schwerpunktaufgabe der Berufsberatung der Stadt Zürich bilden, haben in den letzten Jahren eine markante Intensivierung erlebt. Im Jahre 2003 konnte die Schriftenreihe «Berufswahlmagazine» vervollständigt werden. In dieser Reihe sind in den Jahren 2000 bis 2003 28 Magazine (Berufsfeldbeschreibungen) publiziert und dazu noch einige 2. Auflagen erstellt worden. Die Publikation Berufsfenster 2003/2004 hat mit dieser Ausgabe bereits die 9. Auflage erlebt. Ferner wurden 295 sogenannte biz-berufsinfo-Blätter produziert und eine Reihe dazugehöriger Korrekturblätter. Neu lancierte die Berufsberatung der Stadt Zürich 2 CD-ROM's über die Berufswelt, den sogenannten Berufswahl-Kompass (für Jugendliche) und den Berufs-Atlas (für Berufsberatungsstellen, Schulen, Personalberater etc.). All die oben erwähnten Publikationen dienen nicht nur den Informations- und Ratsuchenden der Stadt Zürich, sondern der ganzen Schweiz. Sie werden über den Schweizerischen Verband für Berufsberatung verkauft. Damit kann der Aufwand der Berufsberatung der Stadt Zürich gedeckt werden.

*Berufsinformationszentrum*²

Ende 2002 durfte das BIZ, das älteste der Schweiz und zweitälteste Europas, sein 25-Jahre-Jubiläum feiern. Es wird nach wie vor intensiv genutzt. Insgesamt wurden 27 929 (27 569) Auskunftsleistungen erbracht. Die telefonischen Auskünfte sind beabsichtigterweise auf 1 854 (2 462) zurückgegangen, dafür hat die Zahl der BesucherInnen zugenommen. Die Intensität der Publikationen (biz-berufsinfo, Berufswahlmagazine, CD-ROM etc.) ist für die Mitarbeitenden der Abteilung INDO (Information/Dokumentation), zu der auch das BIZ gehört, eine grosse Herausforderung, aber auch eine Bereicherung, fliesst doch aus diesen Aktivitäten immer wieder Know-how in die Berufsberatung zurück.

*Lehrstellenvermittlung*³

Das Berichtsjahr war in Bezug auf die Lehrstellensituation ein sehr schwieriges Jahr. Einer Abnahme des Lehrstellenangebotes um 5% auf Sommer 2003 stand eine um 15% gestiegene Anzahl Schulabgängerinnen und Schulabgänger gegenüber. In einer gross angelegten Aktion «Mehr Lehrstellen!», die in intensiver Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektion des Kantons und der Berufsberatung der Stadt Zürich durchgeführt wurde, konnten allein in der Stadt Zürich nachträglich über 200 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden, davon ein beachtlicher Teil in der Stadtverwaltung. Entsprechend hoch sind die Leistungskennzahlen der Realisierungsunterstützung der Lehrstelleninformation und Lehrstellenvermittlung. Bis 30. September 2003 sind 3 448 (3 356) Lehrstellen auf Sommer 2004 gemeldet worden. Diese Zahl ist höher als die vor einem Jahr gemeldete, aber auch tiefer, wenn man die durch die grossen Anstrengungen der Aktion «Mehr Lehrstellen» nachträglich geschaffenen 200 Lehrstellen mitberechnet. Deshalb rief die Berufsberatung der Stadt Zürich bereits im Herbst 2003 die Lehrbetriebe wieder auf, noch zusätzliche Lehrstellen bereitzustellen.

*Stipendien*⁴

Die Zahl der gesprochenen Stipendien ist auf 508 (428) angestiegen und erreichte den Gesamtbetrag von Fr. 1 068 800.– (880 082.–). Darin eingerechnet sind die Ende letztes Jahr noch pendenten 99 Gesuche, die aus Budgetgründen zurückgestellt werden mussten. Auch im 2003 gelang es wieder, Ausbildungsbeiträge von privaten Stiftungen in der Höhe von Fr. 652 035.– (632 052.–) zu generieren.

¹ Siehe Tabelle 4, Seite 37

² Siehe Tabelle 5, Seite 37

³ Siehe Tabelle 6, Seite 37

⁴ Siehe Tabellen 7–8 Seite 38

Diese Zunahme ist umso erstaunlicher, als einige Stiftungen wegen der tiefen Zinsen auf dem Geldmarkt ihre Beiträge insgesamt reduzieren mussten. Die gute Zusammenarbeit zwischen diesen Stiftungen und der Stipendienabteilung der Berufsberatung dient beiden Partnern: Die Stipendienabteilung kann die knapp bemessenen öffentlichen Mittel durch diese privaten Beiträge ergänzen und die privaten Fonds haben dank dem fachlichen Wissen der Stipendienberatenden Gewissheit, dass ihre Mittel nach klaren Richtlinien und detaillierten Abklärungen gerecht verteilt werden. Die Lehrstellenknappheit zeigt sich übrigens auch in der Abteilung Stipendien, wurden doch 100 Teilnehmende (Vorjahr 66) von 10. Schuljahren und Brückenangeboten stipendiert.

Eine Unterstützung der ganz besonderen Art durfte die Berufsberatung der Stadt Zürich durch ein Sponsoring erfahren: Die Firma Philips AG finanzierte zwei zusätzliche Job Plus-Klassen, um einen Beitrag an die Entschärfung der Lehrstellensituation zu leisten. Der entsprechende Betrag von Fr. 100 000.– konnte am 2.10.2003 entgegen genommen werden. Auf 2004 ist nochmals die gleiche Summe für zwei weitere Job Plus-Klassen in Aussicht gestellt worden.

Asyl-Organisation Zürich

Leichter Rückgang der Zahlen im Asylbereich

Im Jahr 2003 nahm die Zahl der Personen, die in der Schweiz um Asyl nachsuchten, wieder ab. Dem Kanton Zürich wurden 3 076 (Vorjahr: 3 825) Personen zugewiesen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuweisung von monatlich 260 Asyl Suchenden und einem Rückgang von 20% gegenüber dem Vorjahr.

Die Unterbringungskapazität der Asyl-Organisation Zürich in den Kollektivstrukturen der 1. Phase betrug Anfang Jahr 1 375 (1 330) Plätze, Ende Jahr 1 216 (1 435) Plätze. Auf die Unterstützung der städtischen Fürsorge waren im Jahr 2003 durchschnittlich 2 200 (2 400) Personen mit Status N und F sowie rund 300 (320) anerkannte Flüchtlinge mit Status B und F angewiesen.

Die Asyl-Organisation Zürich realisiert zentrale Forderungen des Zürcher Asylmanifests 2003

Ende Januar 2003 forderte der Zürcher Stadtrat in einem viel beachteten Manifest einen grundsätzlichen Wechsel in der nationalen Asyl- und Migrationspolitik: Weg von der politischen Skandalisierung, hin zu pragmatischen Lösungen für Probleme, die vor allem in den grossen Gemeinden anfallen. Im Einzelnen lauteten die Forderungen:

1. Asylsuchende zur Arbeit verpflichten und berechtigen
2. Nützliche Arbeitsangebote bereitstellen
3. Kinder und Jugendliche ausbilden
4. Selbstorganisation in den Unterkünften
5. Den Aufenthalt der Asylsuchenden durch ihre eigene Arbeit finanzieren
6. Unterstützung durch Landsleute einfordern
7. Faire und rasche Asylentscheide beschleunigen
8. Bund und Kantone müssen Leistungen der Gemeinden finanzieren
9. Kriminelle Asylsuchende sofort ausschaffen
10. Eine dringliche nationale Asylkonferenz einberufen

Die Forderungen Eins, Zwei und Fünf sind ein Kernstück des Paradigmenwechsels: Auch im Asylbereich soll anstelle der heute verordneten Untätigkeit der Grundsatz *Arbeit statt Fürsorge* gelten. Mit dem Pilotprojekt *Gemeinnützige Einsatzplätze für Asylsuchende in der Stadt Zürich GEP* hat die Stadt Zürich den Tatbeweis für die Absichtserklärung angetreten: Seit Mitte 2003 gehen rund hundert Asylsuchende Personen an verschiedenen Orten in der öffentlichen Verwaltung täglich einer Beschäftigung nach und leisten dort einen gemeinnützigen Beitrag.

Nach acht Monaten praktischer Erfahrung mit den *Gemeinnützigen Einsatzplätzen* fällt die Bilanz positiv aus. Die Verantwortlichen in Spitälern und Pflegezentren, in Schulhäusern und bei Grün Stadt

Zürich, bei den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich sowie bei Schöns Züri äussern sich zufrieden über die zusätzliche Unterstützung durch Asyl Suchende. Die Asyl Suchenden selbst schätzen die Möglichkeit, in einer realen Arbeitsumgebung einer Beschäftigung nachzugehen und eine Motivationszulage zu erhalten.

Jüngst veröffentlichte Zahlen zeigen, dass eine fehlende Berufsausbildung eines der Hauptrisiken ist, von der Sozialhilfe abhängig zu werden. 50% der Sozialhilfe Beziehenden verfügen über keine berufliche Ausbildung. Der Grundsatz *Arbeit statt Fürsorge* muss daher angewandt auf Jugendliche heissen, ihnen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Nur so können sie später ihre finanzielle Selbständigkeit gewährleisten.

Die Asyl-Organisation Zürich auf dem Weg zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt

Mit der Aufhebung des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe im Sommer 2001 wurde die Asyl-Organisation Zürich in eine Dienststelle des Sozialdepartements umgewandelt. Offen blieb damals die Frage nach der längerfristig adäquaten Rechtsform. Denn die besonderen Anforderungen im Asylbereich lassen sich mit der Einbindung in die Rahmenbedingungen der Stadtverwaltung nur schlecht vereinbaren. So muss zum Beispiel ein massiver Auf- und Abbau von Einrichtungen und Stellen in kurzer Zeit bewältigt werden können.

Angesichts der zahlreichen Spezial- und Sonderregelungen für die Asyl-Organisation Zürich (in den Bereichen Personal, Ausgabenbewilligung und Raumbewirtschaftung), erteilte der Stadtrat im Herbst 2002 dem Sozialdepartement den Auftrag, für die künftige Zuordnung und Gestaltung der Aufgaben sowie die Rechtsform der Asyl-Organisation Zürich eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten.

Auf dieser Basis entschied sich der Stadtrat im Frühjahr 2003, die Asyl-Organisation Zürich im Verlaufe dieser Legislatur in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu überführen. Diese Variante ist für die Fortsetzung der Geschäfte der Asyl-Organisation Zürich in der bisherigen Qualität am besten geeignet. In Bezug auf die wiederkehrenden Kosten erscheint sie kostenneutral, und der Stadt- und der Gemeinderat können die politische Steuerung weiterhin wahrnehmen.

Gleichzeitig sind der Unternehmensspielraum und die Flexibilität bei einer öffentlich-rechtlichen Asyl-Organisation Zürich – im Gegensatz zu einer Integration in die Stadtverwaltung – gewährleistet. Die bestehende Arbeitsplatzsicherheit für die Mitarbeitenden bleibt erhalten. Und die Stadt Zürich kann von den verschiedenen Fach- und Spezialdiensten der Asyl-Organisation Zürich weiterhin profitieren und deren Ausgestaltung mitbestimmen. Den Entscheid über die neue Rechtsform werden dann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fällen.

Dienstabteilung Ergänzender Arbeitsmarkt

Die weitere wirtschaftliche Verschlechterung und der erneute Anstieg sowohl der Arbeitslosenquote wie auch von erwerbslosen Sozialhilfe Beziehenden prägten den Geschäftsverlauf in der Dienstabteilung Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM). Alle Angebote zur beruflichen Qualifizierung und Integration von Jugendlichen und Sozialhilfe Beziehenden waren gut ausgelastet und teilweise überbelegt. Vermittlungsquoten in den Arbeitsmarkt von über 55% für Schulabgängerinnen und -abgänger und junge Erwachsene sowie von über 28% für langzeitarbeitslose Sozialhilfe Beziehende zeigen, dass mit einer gezielten Unterstützung eine berufliche Integration auch in sehr schwierigen wirtschaftlichen Zeiten möglich ist. Dabei ist unübersehbar, dass die Suche nach offenen und geeigneten Arbeits- oder Lehrstellen aufwändiger geworden ist. Darüber hinaus gestaltet sich die Suche nach geeigneten Einsatzorten und Praktikastellen innerhalb der Verwaltung, gemeinnützigen Institutionen und der Privatwirtschaft für die Qualifikationsarbeit des EAM zunehmend problematischer. Die Bereitschaft, arbeitslose Teilnehmende im Betrieb anzuleiten und zu begleiten, ist unter dem wirtschaftlichen Druck geschwunden und kann auch mit zeitlich befristeten finanziellen Zuwendungen wie im Pilotprojekt «Einarbeitungszuschüsse» nur bedingt gefördert werden. Der sofortige und störungsfreie Einsatz

einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers hat höchste Priorität, um dem wirtschaftlichen Druck Stand halten zu können.

In den Arbeits- und Qualifikationsprojekten für Sozialhilfe Beziehende waren alle Angebote gut ausgelastet und die Nachfrage nach Plätzen stieg in allen Branchen. Erneut sehr erfolgreich qualifizieren und vermitteln konnten die Gastronomie-Projekte, deren Branche nach wie vor die grösste Perspektive für einen beruflichen (Wieder-) Einstieg bietet. Trotz den gegenüber dem Vorjahr erneut verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte die letztjährige Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt von über 28% gehalten werden. Das Pilotprojekt «Einarbeitungszuschüsse» tätigte 34 Vermittlungen in der gesamten Laufzeit, wobei 3 regulär beendet wurden und zu ordentlichen Feststellungen führten.

Auf tiefem Niveau eingependelt haben sich die Auslastung der stunden- und tageweisen Beschäftigungsangebote wie beispielsweise des Job-Bus, die einen finanziellen Anreiz im Rahmen des Chancenmodelles, aber keine Entlohnung mehr auszahlen. Dementsprechend wurden die Leistungen und Kosten auf 80% der Sollwerte angepasst. Zugenommen hat der Bedarf nach regelmässigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialhilfe Beziehende, die den beruflichen Wiedereinstieg nicht schaffen, aber dennoch eine sinngebende Tätigkeit zur sozialen Integration benötigen; hier ist zukünftig auch bei einer wirtschaftlichen Besserung mit einer weiter steigenden Nachfrage zu rechnen.

Die Fürsorgebehörde bewilligte mit Anpassungen eine zweijährige Fortsetzung des Pilotprojektes Chancenmodell mit finanziellen Anreizen für Sozialhilfe Beziehende im Rahmen der SKOS-Richtlinien bis Ende 2005. Das Verfahren zur Aufnahme in das Chancenmodell wurden vereinfacht, die bisherigen, verschiedenen Gegenleistungspauschalen auf eine reduziert, der Einkommensfreibetrag herabgesetzt und vereinfacht und eine zeitliche Befristung zur Teilnahme im Chancenmodell sowie zur beruflichen Integration eingeführt. Auch die zweite Versuchsphase wird weiterhin in enger Zusammenarbeit mit der Fürsorgebehörde begleitet, überprüft und wo nötig korrigiert.

Stark gestiegen ist die Nachfrage nach Unterstützungsangeboten zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die bestehenden Angebote des EAM für junge Erwachsene waren konstant überbelegt. In Absprache mit dem zuständigen Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons wurden die Motivationssemester für Schulabgängerinnen und Schulabgänger innerhalb der bestehenden Infrastrukturen saldoneutral erweitert. Die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt (Lehr- oder Arbeitsstellen) ist nach wie vor erfreulich hoch.

Innerbetrieblich steht im EAM das interne Projekt zur Festlegung von Prozessbeschrieben, Qualitätsstandards und -kriterien vor dem Abschluss; die Festlegung von Kriterien zur Bemessung der Qualität trug massgeblich zur Konsolidierung des EAM bei. Die Suche nach geeigneten Ersatzräumen stand bei den EAM-Projekten auf dem Hürlimann-Areal im Vordergrund; dem Gemeinderat wurde eine Lösung auf dem Tramont-Areal unterbreitet. Die Zustimmung des Gemeinderates vorausgesetzt, werden die über 100 Arbeitsplätze auf dem Hürlimann-Areal im Frühjahr 2004 in das Tramont-Areal, respektive Brahmshof umziehen. Am 4. November 2003 schliesslich zeigte der EAM alle seine Angebote, Produkte und Dienstleistungen in der Halle des Hauptbahnhofes. Die Ausstellung, die auf die Problemlagen der Erwerbslosen, deren Leistungen und den Nutzen des EAM für die Öffentlichkeit aufzeigte, erhielt von Fachleuten und dem Publikum eine sehr gute Resonanz.

Weiterführende Angaben zum Geschäftsverlauf, zu den Leistungsmengen und Statistiken finden sich wie gewohnt in den jeweiligen Trimesterberichten im Rahmen des Verwaltungsreform-Projektes WOV.

Amt für Soziale Einrichtungen

Im Zentrum der Klientinnen- und Klientenarbeit in den Angeboten und Einrichtungen stand das erfolgreiche Bewältigen des Alltagsgeschäfts. Auf der Leitungsebene konzentrierte sich die Arbeit auf die Angebotsentwicklung: das Verbessern der Bedarfsorientierung, den effizienteren und effektiveren Mitteleinsatz sowie die Förderung der Innovationsfreude. Die einzelnen Abteilungen realisierten zudem eigene, spezifische Ziele: Die Wohn- und Obdachlosenhilfe baute das Qualitätsmanagement aus; der

Psychiatrisch-Psychologische Dienst richtete seine Tätigkeit verstärkt auf die psychisch belasteten Klientinnen und Klienten in den Einrichtungen des Sozialdepartements aus; die Heroingestützte Behandlung wurde als Abteilung innerhalb des ASE verselbständigt, was gleichzeitig mit einer markanten Kostensenkung verbunden war; die Ambulante Drogenhilfe passte ihre Angebote den veränderten Konsumformen an; die Abteilung Familienergänzende Betreuung engagierte sich in der Entwicklung neuer, innovativer Betreuungsformen.

Familienergänzende Betreuung (FEB)

Die städtischen Kindertagesstätten (Krippen) waren 2003 voll ausgelastet und verfügten über längere Wartelisten. Unverändert gross war die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinstkinder bis 18 Monate. Um das Problem der Betreuung von Kleinstkindern zu lösen, braucht es neue pädagogische Handlungsmodelle. Die FEB engagierte sich in der eigens dafür eingesetzten kantonalen Arbeitsgruppe und startete ein Pilotprojekt mit Subgruppensystemen sowie ein Kooperationsprojekt mit Tagesfamilien.

Die Nachfrage nach «Ergänzender Sonderbetreuung und Krisenintervention» war auch dieses Jahr grösser als die konzeptionell vorgesehene Platzzahl. Da diese Plätze in den Kindertagesstätten-Basisgruppen integriert sind, konnte rasch auf die veränderte Nachfragesituation reagiert werden. In Zürich Nord wurde eine zunehmende Nachfrage nach 24-h-Betreuung/Krisenintervention festgestellt.

Unverändert gross war auch die Nachfrage nach den familienunterstützenden sozialpädagogischen Dienstleistungen des Haus Im Kehr in Gais (Erholungsaufenthalte, Erziehungs- und Sozialberatung), die ausnahmslos von jungen Müttern mit Wohnsitz in der Stadt Zürich in Anspruch genommen wurden, die Mehrzahl davon schweizerischer Herkunft. Durch die Distanz zum Alltag, den Austausch mit anderen Müttern, die Beratungsgespräche und die stundenweise Entlastung von der Betreuung der Kinder konnten die Mütter neue Ressourcen mobilisieren und den Familienalltag wieder aus eigener Kraft bewältigen.

KONKITA – Kontaktstelle zur Gründung von Kindertagesstätten

Das Kita-Handbuch, eine Kooperation zwischen FEB/KONKITA und dem Schweizerischen Krippenverband, wurde komplett überarbeitet, aktualisiert, neu gestaltet und mit einer CD-ROM versehen. Die Neuauflage erfreut sich wiederum einer grossen Nachfrage. Wegen der unsicheren Bedarfslage und der Finanzknappheit hat der Boom an Krippengründungen vor allem in der zweiten Jahreshälfte nachgelassen. Bedarfsgerecht hat KONKITA vermehrt Interessentinnen und Interessenten beraten, die nicht unbedingt eine Kindertagesstätte, sondern ein anderes Betreuungsangebot im Frühbereich aufbauen wollten. Gemäss Neupositionierung von KONKITA nach Ende der zweijährigen Projektphase im Herbst 2003 gehört die Mitarbeit in übergeordneten Arbeitsgruppen und Projekten des Sozialdepartements sowie die Beratung von bestehenden Kindertagesstätten im Auftrag des Sozialdepartements ebenfalls zum Aufgabenbereich. Der Stellenumfang blieb dabei unverändert bei 50%.

Mitwirkung im Legislatorschwerpunkt «Ausbau der Kinderbetreuung»

Die FEB hat in diesem Legislatorschwerpunkt sehr aktiv mitgewirkt und unter anderem die Zukunftswerkstatt «Züri-Modell der Kinderbetreuung – neue Modelle für die familien- und schulergänzende Betreuung: Erziehung, Förderung, Animation und Verpflegung von Kindern und Jugendlichen» organisiert.

Ausgehend von der Hypothese, dass die Schaffung von immer neuen Krippenplätzen nur eine Teillösung des Nachfrageüberhangs an Betreuungsplätzen ist, wurde im FEB im Jahr 2002 das Projekt «Entwicklung neuer Betreuungsformen und Aktivierung von Ressourcen durch Kooperation, Koordination und Vernetzung im Quartier» gestartet und im Jahr 2003 weiter konkretisiert. Das Projekt geht davon aus, dass es notwendig ist, Klarheit über die bestehenden Angebote zu erhalten, diese besser zu nutzen, zu koordinieren und zu vernetzen. Zudem sollen die suchenden Eltern *eine* wohnortnahe Anlaufstelle haben, wo sie Beratung und Begleitung erhalten, um das auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Betreuungsangebot zu finden. Dieselbe Stelle muss auch für Eltern da sein, die Betreuungsauf-

gaben dann übernehmen würden, wenn sie bei Bedarf fachlich unterstützt werden z.B. in Form von Praxisbegleitung. Solidarität, Austausch und Gemeinschaft unter Frauen und Familien können auf diese Weise gefördert und neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Die ersten Ergebnisse dieses Projekts sind sehr ermutigend.

Ausbildung des Berufsnachwuchses

Die FEB war mit 31 Lernenden der Kleinkinderziehung, 4 Lernenden Soziale Lehre und 26 Praktikanten und Praktikantinnen (Stand Dez. 2003) die grösste Ausbilderin im Sozialdepartement, und zwar in einem Berufsfeld, das durch die bevorstehende Integration in das neue Berufsbildungsgesetz im Umbruch ist.

Wohn- und Obdachlosenhilfe (WOH)

Die grosse Nachfrage nach Notunterkünften hielt 2003 unvermindert an; Hauptgründe waren die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt und die schwierige Wirtschaftslage. Die Wohn- und Obdachlosenhilfe bot täglich 1500 Menschen Unterkunft, Schutz und Geborgenheit; die Gefahr einer offen auftretenden Obdachlosigkeit konnte abgewendet werden.

Die Hälfte der Klientinnen und Klienten, mehrheitlich Familien mit Kindern, war in Notwohnungen untergebracht. Die übrigen Klientinnen und Klienten, in der Regel Personen mit akuten sozialen Beeinträchtigungen und/oder Suchtproblemen (illegale Drogen, Alkohol, Medikamente), verteilten sich auf die acht Einrichtungen Notschlafstelle, Begleitetes Wohnen, Begleitetes Wohnen Plus, Bürgerstube, Junges Wohnen, Notbetten für Randständige, Werk- und Wohnhaus zur Weid und Wohnwerkstatt. Der Anteil an Drogenabhängigen lag bei niederschweligen Einrichtungen wie der Notschlafstelle systembedingt höher. Die Zahl der Klientinnen und Klienten mit schweren psychischen Problemen und psychiatrischen Diagnosen stieg in allen Einrichtungen weiter an. Ein grosser Teil der WOH-Klientel bezog Unterstützungsbeiträge der Sozialen Dienste, bzw. Renten des Amtes für Zusatzleistungen und der IV. Die Selbstzahlenden waren in allen Einrichtungen in der Minderheit, einzig bei den Notwohnungen lag der Anteil über 50 Prozent.

Die Wohn- und Obdachlosenhilfe drängte unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf eine höhere Flexibilität der Einrichtungen und auf die Steigerung der Angebotsqualität. Mitte Jahr verabschiedete die WOH das neue Leitbild und verpflichtete sich auf eine zeitgemässe und zukunftsorientierte Wohnintegration: Wohnintegration wurde definiert als das synergetische Zusammenspiel von notlindernder Wohnraumvermittlung und lösungsorientierter sozialer Arbeit. Die Operationalisierung der neuen Vorgaben wurde wenig später in Angriff genommen; der Aufbau des Wissensmanagements bildete einen ersten Schwerpunkt. 2003 trieb die WOH zudem die Vernetzung ihrer Einrichtungen mit dem Psychiatrisch-Psychologischen Dienst, dem Psychiatrischen Dienst der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, der Ambulanten Drogenhilfe, dem ergänzenden Arbeitsmarkt und mit der Arbeitsgruppe Dachnetz weiter voran. Die Zusammenarbeit mit sip züri (Sicherheit, Intervention, Prävention), der Justiz und den polizeilichen Diensten gestaltete sich sehr gut.

Der Kanton Zürich honorierte die Leistungen der Wohn- und Obdachlosenhilfe mit Subventionsbeiträgen für das Begleitete Wohnen, das Begleitete Wohnen Plus, die Notschlafstelle, die Notbetten für Randständige, die Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse, die Wohnwerkstatt und das Werk- und Wohnhaus zur Weid. Das Werk- und Wohnhaus zur Weid erhielt zudem namhafte Beiträge des Bundesamtes für Sozialversicherung.

Begleitetes Wohnen: Der Betrieb lief kontrolliert und ruhig; die dezidierte Durchsetzung der Hausordnung zahlte sich aus: Sie stärkte den guten Ruf des BeWo und erleichterte die Akquisition von neuem Wohnraum, welcher die wegfallenden Objekte zu kompensieren vermochte. Im August 2003 startete die Pilotphase des neuen Angebots WohnFit, einer präventiven Begleitung von Klientinnen und Klienten in Wohnungen des freien Marktes. Im September wurde das Projekt Psychosoziale Ambulanz «PPD goes mobile» lanciert, in dessen Rahmen Mitarbeitende des BeWo und Fachpersonen des Psychiatrisch-Psychologischen Diensts PPD psychisch auffällige Bewohnerinnen und Bewohnern besuchten, um sie zu einer psychiatrischen Behandlung zu bewegen.

Begleitetes Wohnen Plus: Alle Bewohnerinnen und Bewohner wiesen Mehrfachproblematiken auf; die Mehrheit nahm an einem Substitutionsprogramm teil. Der Anteil an Personen mit massiven psychischen Problemen nahm zu. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren ausnahmslos bei der Sozialhilfe und der IV anhängig.

Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse: Das Wohnheim für von Obdachlosigkeit bedrohten Frauen und Männer war das ganze Jahr über gut belegt. Das Projekt «Notaufnahmen» in Zusammenarbeit mit der Notschlafstelle und der sip züri wurde weitergeführt: Die Bürgerstube hielt auch ab Dezember 2003 wieder Plätze für Notfälle bereit.

Junges Wohnen: Das Junge Wohnen, das Jugendlichen aus schwierigen Familiensystemen Plätze in betreuten Wohngemeinschaften anbietet, musste 2003 deutlich mehr junge Menschen in schweren psychischen Krisen aufnehmen. Die grosse Schwierigkeit, Lehrstellen zu finden, erschwerte die zielorientierte Arbeit und rief nach intensiverer Betreuung. An der Hammerstrasse konnte eine Wohngemeinschaft für vier junge Erwachsene eröffnet werden; die Begleitung oblag dem Team Seefeldstrasse. Wichtige Partner des Jungen Wohnens waren der ergänzende Arbeitsmarkt und die Sozialen Dienste.

Magazindienst: Der Magazindienst führte 110 Exmissionen durch (2002: 141; 2001: 170). Die Liquidationen von Hausrat nach Exmissionen nahmen weiter zu. Das Lager mit 3 200 m³ war im Durchschnitt zu 95% ausgelastet; die Lagergebühren entsprachen denjenigen privater Anbieter. Der Magazindienst arbeitete hauptsächlich mit den Sekretariaten der Sozialen Dienste und des Amtes für Zusatzleistungen zusammen.

Notbetten für Randständige: Der Anteil an Klientinnen und Klienten mit massiven psychischen Problemen nahm weiter zu. Die Klienten und Klientinnen waren ausnahmslos bei der Sozialhilfe und der IV anhängig. Im November 2003 konnten die Notbetten in eine andere Liegenschaft umziehen. Der Dialog mit der Anwohnerschaft wurde intensiviert; die transparente Information wirkte sich positiv auf die Akzeptanz der Einrichtung aus.

Notschlafstelle: Die Notschlafstelle, die Obdach für die Nacht bietet und soziale wie körperliche Verwahrlosung verhindern hilft, war stark ausgelastet. Im Winter 2002/2003 wurde erstmals der sogenannte Annex, der den saisonal bedingten Anstieg der Nachfrage auffangen hilft, in Betrieb genommen (Dezember 2002 bis April 2003). Der Erhöhung der Bettenzahl musste mit einer Erhöhung der Stellenprozentage Rechnung getragen werden. Der Annex wurde am 1. Dezember 2003 wieder eröffnet. Die meisten Klientinnen und Klienten der Notschlafstelle wiesen Mehrfachproblematiken auf; insgesamt musste eine Zunahme von nicht drogenabhängigen Klientinnen und Klienten mit psychiatrischen Krankheitsbildern festgestellt werden. Im November wurde ein Pilotprojekt lanciert, das eine ambulante psychiatrische Beratung durch den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst anbietet. Das Notschlafstellen-Team arbeitete zudem im Rahmen der Interdisziplinären Koordination Drogen mit dem Psychiatrischen Dienst der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich sowie mit Einrichtungen der Arbeitsgruppe Dachnetz Zürich, der ARUD, der sip züri (Sicherheit, Intervention, Prävention) und den Sozialwerken Pfarrer Ernst Sieber zusammen.

Notwohnungen: 2003 musste ein Drittel des Notwohnungsbestandes abgegeben und neu akquiriert werden; die Akquisition gestaltete sich äusserst schwierig. Die Nachfrage nach Notwohnungen war wie schon 2002 sehr gross; Hauptgrund für Neuanmeldungen bildeten massive finanzielle Probleme. Die Einrichtung Notwohnungen vermietete die zeitlich befristeten Notunterkünfte überwiegend an Familien. Die Hälfte der Mieterschaft bezog Unterstützungsbeiträge der Arbeitslosenversicherung, der IV, des Amtes für Zusatzleistungen und der Sozialen Dienste. Viele Mieterinnen und Mieter bemühten sich erfolgreich, nachhaltige Wohnlösungen auf dem freien Markt zu finden. Die Fluktuation konnte nochmals erhöht werden. Sie liegt jetzt bei über 50 Prozent.

Werk- und Wohnhaus zur Weid: Die Nachfrage nach Frauenplätzen stieg weiter an. Der Anteil der Klientinnen und Klienten, die ein Methadonprogramm absolvieren, erhöhte sich; das Durchschnittsalter sank leicht. 90% der Bewohnerinnen und Bewohner waren bei der IV anhängig. Im Juli wurde das Überwachungsaudit 2003 (BSV/IV 2000 und ISO 9001) erfolgreich absolviert. Im Herbst wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Human Resources Zürich eine Befragung aller Anspruchs-

gruppen durchgeführt; die Auswertung findet im neuen Jahr statt. Im Produktionsbereich konnten die Cateringeinsätze der Küche und der Absatz von Bio-Produkten gesteigert werden. Der Landwirtschaftsbetrieb führte neu auch grössere Gartenunterhaltsaufträge aus; die Schreinerei baute die Eigenproduktion aus.

Wohnwerkstatt: Vermehrt wurden Personen mit schweren psychischen Erkrankungen und Psychiatriepatientinnen und -patienten angemeldet. Die grosse Mehrheit der Klientinnen und Klienten war bei der IV und beim Amt für Zusatzleistungen anhängig. Die Wohnwerkstatt wurde umgebaut und von der Immobilienbewirtschaftung der Stadt Zürich neu möbliert. Insbesondere wurden in Erfüllung der Auflagen des BSV die Doppelzimmer aufgehoben und ab Oktober 2003 nur noch Einzelzimmer angeboten.

Ambulante Drogenhilfe (ADH)

Die heroingestützte Behandlung hat ihre Pilotzeit hinter sich. Die beiden Polikliniken Lifeline und Crossline bilden seit 1. Juli 2003 eine eigene Abteilung innerhalb des Amtes für Soziale Einrichtungen.

Die K&A Kaserne konnte als Ersatz der im November 2002 geschlossenen K&A Neufrankengasse Ende März 2003 eröffnet werden und erfreut sich einer guten Frequentierung. Mit der Eröffnung konnten die zuvor wegen der Schliessung der K&A Neufrankengasse erweiterten Öffnungszeiten der übrigen Anlaufstellen wieder auf den üblichen Stand reduziert werden. Der Zulauf an Abhängigen verteilt sich seither wieder auf fünf Anlaufstellen.

In der K&A Kaserne und in der K&A Oerlikon wurde in diesem Jahr ein Rauchraum eingerichtet, so dass nun in vier von fünf Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsumräumen ein solcher zur Verfügung steht. In der K&A Brunau ist ein Rauchraum für Frühling 2004 geplant. Die Frequentierung der Rauchräume zeigt, dass diese konzeptionelle Neuerung ein richtiger Schritt war. 30% aller Konsumationen von insgesamt täglich rund 522 Konsumationen werden nicht injiziert, sondern geraucht oder gesniffelt. Die K&A haben damit in ihrem Angebot die Veränderung der Konsumformen nachvollzogen, die sich bei Drogenabhängigen seit einigen Jahren abgezeichnet hat. Die Rauchräume entsprechen einem eindeutigen Bedürfnis der Abhängigen. Die neuen Rauchräume wurden zum Anlass genommen, an einem Tag der offenen Tür am 5. April 2003 der Stadtbevölkerung und interessierten Kreisen die Kontakt- und Anlaufstellen und deren Angebot zu zeigen. Vom 28. November bis 10. Dezember 2003 fand zudem eine Ausstellung in der K&A Kaserne statt, an der über 70 Bilder von 17 drogenabhängigen Klientinnen und Klienten der K&A's ausgestellt und der Bevölkerung gezeigt wurden. Die Ausstellung stiess auf grosses Interesse und wurde gut besucht.

Die K&A Kalkbreite (ohne Konsumraum) musste per Ende März 2003 wegen der geplanten Überbauung des Kalkbreiteareals geschlossen werden. Es konnten an der Rieterstrasse per Anfang April 2003 Räume für eine Übergangslösung bezogen werden. Die AnwohnerInnen wurden an einer gut besuchten Informationsveranstaltung über den Betrieb informiert. Dieser läuft auch am neuen Standort problemlos.

Flora Dora ist an sechs Abenden pro Woche am Sihlquai für sich prostituierende drogenabhängige Frauen im Einsatz. Der mobile Bus wird gut frequentiert und entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis. Pro Abend suchen durchschnittlich 27 Frauen den Bus auf. Sie finden hier eine Rückzugsmöglichkeit und Beratung.

Einsatzschwerpunkte von Streetwork in der aufsuchenden Jugendarbeit sind die Innenstadt und der Kreis 4. Jugendliche Gruppierungen wie die Punker, AusreisserInnen oder migrierte Jugendliche, die häufig keine oder sehr spät institutionelle Hilfe in Anspruch nehmen, gehören zum Stammpublikum. Das szenennahe Angebot ermöglichte es auch, dass Jugendliche Bereitschaft zur Teilnahme an Projekten wie dem Konfliktzelt oder an einer Aktion zum Thema Verhütung am Stadelhofen zeigten. Die Sekundärprävention im Partybereich mit dem Pillentesting ist ein weiterer Einsatzschwerpunkt von Streetwork. Im Jahr 2003 sind 317 Substanzenanalysen und 945 Beratungen an Parties durchgeführt worden. Ausserdem konnten bei jedem Anlass rund 4 603 Informationsbroschüren über Partydrogenkonsum abgegeben werden. Sowohl an den Parties selbst als auch auf der Internetsite

www.saferparty.ch mit 3 000 bis über 4 000 Besuchen pro Monat wird wertvolle Aufklärung und Beratung über die Risiken des Konsums von Partydrogen geleistet. Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der durch das Bundesamt für Gesundheit finanziell unterstützten Schweizerischen Fachstelle für Schadenminderung werden nun Teile der Internetseite www.saferparty.ch auf französisch übersetzt. Die Kosten hierfür werden vollumfänglich durch die Schweizerische Fachstelle getragen. Nach wie vor kann also die Zielgruppe der PartygängerInnen mit der Kombination von Substanzanalyse und Beratung gut erreicht werden. Regelmässig finden Austauschsitungen mit Veranstaltern, Wirtschaftspolizei und Bevölkerungsschutz statt, um die Situation an den Parties positiv beeinflussen zu können. Aus dieser Zusammenarbeit heraus ist auch die Initiative der Partyveranstalter entstanden, ein Qualitätslabel für das Betreiben von Clubs zu erarbeiten. Das Qualitätslabel sieht vor, dass Partyveranstalter gewisse Sicherheitsauflagen zum Gesundheitsschutz der PartygängerInnen einhalten und mit Fachleuten der Prävention zusammenarbeiten.

Heroingestützte Behandlung (Hegebe)

Per 1. Juli 2003 wurden die Polikliniken Lifeline und Crossline strukturell aus der Ambulanten Drogenhilfe herausgelöst und bilden seither eine eigene Abteilung innerhalb des Amtes für Soziale Einrichtungen.

Der Auftrag, die Patientinnen- Patientenkosten pro Tag per 2004 auf das Niveau des privaten Anbieters zu senken, wurde schrittweise erfüllt.

Die seit Beginn der Heroingestützten Behandlungen obligatorisch zu besuchenden Gruppengespräche für Klientinnen und Klienten wurden abgeschafft. Die Behandlung und Betreuung wird durch die Ärztinnen und Ärzte und durch psychosoziale Gespräche und Begleitung weiterhin gewährleistet. Um ein verbessertes Angebot zu erzielen, wurden im Laufe des Jahres Vorbereitungen getroffen, die Öffnungszeiten der Abgabe per Ende 2003 zu verändern.

Ab 1. Oktober 2003 partizipieren die beiden Polikliniken, wie fast alle anderen Polikliniken der Schweiz, an der Zulassungsstudie für Diaphintabletten. Diese Studie findet im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheitwesens (BAG) und des Institutes für Suchtforschung (ISF) statt.

Die Polikliniken wiesen im Berichtsjahr eine auf 96.60% gestiegene Auslastung aus.

Psychiatrisch-Psychologischer Dienst (PPD)

Ausdruck der Neuorientierung des PPD war 2003 die Gründung einer «psychosozialen Ambulanz». Nach einer Bedarfserhebung übernahm der PPD die sozialpsychiatrische Aufgabe der Abklärung und Behandlung von Klientinnen und Klienten aus der Wohn- und Obdachlosenhilfe (WOH). Die Abklärungsgespräche und Behandlungen wurden in Hausbesuchen bei den Betroffenen und in den Räumen der Poliklinik durchgeführt. Die intensive Zusammenarbeit mit den Betreuerinnen und Betreuern der WOH war sehr erfreulich. Es gelang, komplexe Probleme zufriedenstellend zu lösen. Das vernetzte Arbeiten führte in einigen Fällen zu einem vorbildlichen Fallmanagement. Es zeigte sich, dass – wie weltweit erforscht – viele obdachlose Menschen an schweren chronischen unbehandelten psychischen Störungen leiden.

Der PPD betreute ausserdem das Werk- und Wohnhaus zur Weid der WOH sowie die ehemals städtischen Heime Haus Sonnenberg, Sozialpädagogisches Zentrum Gfellergut, Kinderheim Neumünsterallee und Villa RA der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime. Dabei wurden einerseits die psychische Situation der Klientinnen und Klienten abgeklärt und eine Behandlung wenn nötig eingeleitet und andererseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fachlich beraten.

In der Ambulanz der Poliklinik am Zeltweg zeigte sich wie bereits im Vorjahr eine Zunahme der Anmeldung erwachsener Patientinnen und Patienten. Sehr häufig hatten die Patienten und Patientinnen zusätzlich zur psychischen Störung mit Problemen der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die intensive Zusammenarbeit innerhalb des Sozialdepartements kam der umfassenden Behandlung dieser Fälle sehr zugute.

Der PPD erstellte Gutachten für Vormundschaftsbehörden, Jugendanwaltschaften, die Invalidenversicherung und andere.

Weiterhin wurden die Verpflichtungen des PPD im Drogenbereich (ärztliche Verantwortung für die Polikliniken Lifeline und Crossline) wahrgenommen. Die ärztliche Betreuung der Kontakt- und Anlaufstellen wurde aus dem PPD herausgelöst und wird neu durch eine erfahrene letztverantwortliche Ärztin erbracht.

Im November wurde das 30-jährige Bestehen des PPD mit einer musikalisch umrahmten, erfolgreichen Fachtagung mit dem Titel «Psychische Probleme sozial Randständiger – soziale Probleme psychisch Randständiger» gefeiert.

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

Regionaler statt kantonaler Durchschnitt der Krankenversicherungsprämien

Bei der Berechnung der Zusatzleistungen zur AHV/IV werden die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung seit einigen Jahren nicht mehr effektiv, sondern in Form eines Pauschalbetrages angerechnet. Bisher hat diese vom Bund festgesetzte Pauschale der kantonalen Durchschnittsprämie entsprochen. Da die Krankenkassenprämien in der Stadt generell höher sind als auf dem Land, hat der anrechenbare Pauschalbetrag oftmals nicht zur Deckung der effektiven Prämien der obligatorischen Grundversicherung ausgereicht. Die Stadt Zürich hat sich aus diesem Grund beim Bund für die Behebung dieser Benachteiligung eingesetzt.

Im Juni 2003 hat das Bundesamt für Sozialversicherung in allen Kantonen rechtsverbindliche Prämienregionen erlassen. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass ab 1.1.2004 bei der Berechnung der Zusatzleistungen zur AHV/IV die regional abgestuften Durchschnittsprämien berücksichtigt werden können. Für die Zusatzleistungsberechtigten in der Stadt Zürich hat dies spürbare Verbesserungen zur Folge: 2004 liegt das anrechenbare städtische Prämienniveau mit Fr. 327.– pro Monat für Erwachsene um Fr. 41.– oder 14,3% über dem kantonalen Durchschnitt. Durch die Einführung dieser Neuerung entstehen für die Stadt Zürich keine finanziellen Nachteile, da die entsprechenden Mehrkosten durch die Prämienverbilligungsgelder von Bund und Kanton gedeckt sind.

4. IVG-Revision

Das eidgenössische Parlament hat am 21. März 2003 die 4. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) verabschiedet. Diese Gesetzesänderung, welche per 1. Januar 2004 in Kraft tritt, hat auch Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Die bisherige IV-Härtefallrente fällt weg. Dafür haben IV-Rentnerinnen und -rentner mit Viertelsrenten neu ebenfalls Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Dieser Übergang führte im Herbst 2003 zu aufwändigen Vorarbeiten, in welchen der Anspruch ab 1. Januar 2004 zu prüfen war.

Im Rahmen der 4. IVG-Revision wurde für pflege- und betreuungsbedürftige IV-Rentnerinnen und -rentner zwar ein eigentlicher Assistenzdienst verworfen, hingegen können diese unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen der Krankheits- und Behinderungskosten durch die Ergänzungsleistungen Kosten bis zu Fr. 90 000.– im Jahr beziehen. Die nähere Ausgestaltung und Auswirkung wird sich jedoch erst im Verlauf der Jahre 2004 und 2005 zeigen.

Hohe Kosten für Pflegeheimaufenthalte

Die Preise für den Aufenthalt in öffentlichen und privaten Pflegeheimen werden in einer hohen Kadenz erhöht. Die Leistungen der Krankenversicherungen für die Pflege wurden jedoch seit 1998 nicht mehr angehoben und eine Lösung für die Finanzierung der Pflege in Heimen ist auf Bundesebene nach wie vor nicht in Sicht. Deshalb nimmt der hohe Anteil an Bewohnerinnen und Bewohner mit Zusatzleistungen in Pflegeheimen ständig zu. Ebenso ist festzustellen, dass das System der Zusatzleistungen zur AHV/IV in seiner heutigen Ausgestaltung immer weniger dem Anspruch einer umfassenden

Pflegeversicherung genügt. Zunehmend müssen Rentnerinnen und Rentner das Maximum an möglichen Zusatzleistungen beanspruchen.

Kann der Fehlbedarf nicht mehr gedeckt werden und ist eine Taxreduktion nicht möglich, so kommen in der Stadt Zürich die seit 1997 bestehenden Pflegekostenzuschüsse zum Zug. Diese Leistungen ermöglichen eine wirksame und kostengünstige Restfinanzierung. Die Entwicklungen zeigen aber, dass für das strukturelle Armutsrisiko Langzeitpflege eine nachhaltigere Gesetzeslösung auf Bundesebene gefunden werden muss.

Fallapplikation ZUSO und interkommunale Durchführung der Zusatzleistungen

Das Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV hat für die integrale Fallführung eine eigene EDV-Plattform im Einsatz. Die Fallapplikation ZUSO, welche in enger Zusammenarbeit zwischen der eigenen Informatik und den Anwenderinnen und Anwender im Amt entstand, wird laufend den neuen materiellen und technischen Anforderungen angepasst. Diese enge Zusammenarbeit hat sich sehr bewährt. Verbunden mit der hohen Fachkompetenz trägt die Fallapplikation ZUSO zur hohen Effizienz und Qualität bei.

Seit Herbst 2002 ist die Fallapplikation ZUSO mandantenfähig, wovon nun immer mehr Gemeinden im Kanton Zürich profitieren. Nebst Winterthur und Affoltern am Albis (je zusätzlich mit umliegenden Gemeinden), haben sich nun weitere Gemeinden – u.a. die Stadt Uster – zur Einführung der Fallapplikation ZUSO entschieden, was im Verlauf des Jahres 2004 umgesetzt wird.

Dies bildet gleichzeitig auch einen Beitrag der Stadt Zürich zum Projekt «Interkommunale ZL-Durchführung» (IKZL), welches vom kantonalen Fachverband Zusatzleistungen, dem Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV der Stadt Zürich sowie dem Departement Soziales der Stadt Winterthur getragen und vom Sozialamt des Kantons Zürich begleitet wird.

Das Ziel des Projekts IKZL besteht insbesondere in der Förderung der Zusammenarbeit der Gemeinden und der Bildung freiwilliger Regionen, da die Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV immer komplexer wird. Dieser Prozess der Regionalisierung wird von den Gemeinden jedoch nach wie vor eher zaghaft in Angriff genommen.

Fallzahl- und Aufwandentwicklung im Überblick

Wie schon im Jahr 2002 ist die Zahl der Fälle mit Zusatzleistungen zur AHV/IV im Jahr 2003 deutlich gestiegen auf 15 069 (14 798), nach dem bis ins Jahr 2001 jeweils nur leichte Zunahmen zu verzeichnen waren. Im Dezember 2003 wurde erstmals die Schallmauer von 15 000 Fällen durchbrochen. Die Zahl der AHV-RentnerInnen hat wiederum leicht um 0,3% (+1,6%) zugenommen. Die Steigerung bei den IV-RentnerInnen hat sich mit einer Zunahme von 4,3 % (+ 7,2%) weiter fortgesetzt. Somit entfallen 64,7% (65,4%) aller Fälle auf AHV-Berechtigte, 34,2% (33,5%) auf IV-Berechtigte und 1,1% (1,1%) auf Hinterlassene.

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben erwartungsgemäss mit Fr. 330 202 582.– gegenüber Fr. 315 250 400.– im Vorjahr um 4,7% (9,8%) zugenommen. Die Gründe liegen in den höheren Fallzahlen, höheren Krankenkassenprämien und höheren Tarifen in den Pflegeheimen. Eine erheblichere Zunahme blieb dank der Teuerungsanpassung bei den AHV/IV-Renten erspart. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4 928 185.– oder 3,2% auf Fr. 160 737 027.– erhöht. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 77,5% (76,8%) auf Ergänzungsleistungen, zu 8,9% (9,2%) auf kantonale Beihilfen, zu 12,5% (12,9%) auf Gemeindegzuschüsse und zu 1,1% (1,1%) auf die Einmalzulagen.

Die im Jahr 2003 erhältlich gemachten unrechtmässigen Bezüge von Fr. 9 495 339.– sind nach dem tiefen Ergebnis von 2002 von Fr. 8 382 500.– wieder gestiegen. Von AHV-RentnerInnen stammen Fr. 5 392 724.– (Fr. 5 133 758.–), von IV-RentnerInnen Fr. 3 935 418.– (Fr. 3 139 580.–) und von Hinterlassenen Fr. 167 197.– (Fr. 109 162.–).

Aus den Nachlässen von 382 (409) verstorbenen RentnerInnen konnten rechtmässig bezogene Beihilfen und Gemeindegzuschüsse im Gesamtbetrag von Fr. 5 107 881.– (Fr. 4 769 949.–) erhältlich gemacht werden.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen auf 2 954 (2 894) gestiegen und die periodischen Überprüfungen auf 4 589 (5 961) gesunken, die Mutationen haben ein weiteres Mal massiv auf 10 103 (9 346) zugenommen. Es sind 1 399 (1 271) Anspruchsberechtigte gestorben und 227 (192) Rentnerinnen und Rentner sind von der Stadt Zürich weggezogen. Bei 831 (675) Personen ergab sich nach der Berechnung kein Anspruch (mehr).

Für die Vergütung von Krankheitskosten sind 16 288 (15 458) Verfügungen erlassen worden mit Auszahlungen von Fr. 13 736 326.– (Fr. 13 130 018.–).

Soziale Dienste Zürich

Die anhaltende wirtschaftliche Rezession und die damit verbundene zunehmende Arbeitslosigkeit führten im Jahr 2003 zu massiv steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe. Dies prägte die Arbeit der Sozialen Dienste massgeblich. Die über viele Monate andauernde Zunahme der Zahl der Neuzugänge hat im Spätsommer die kritische Grösse und die Grenze der Belastbarkeit der Intakes überschritten. Mit dem dringlichen Beschluss vom 27.8.2003 hat der Stadtrat 10 zusätzliche Stellen zur Bewältigung des grossen Arbeitsvolumens in der für den Hilfsprozess wichtigen Falleingangsphase bewilligt. Dank dem grossen Einsatz der Mitarbeitenden, der gegenseitigen Unterstützung und des Zusammenspiels zwischen Intake und Quartierteams konnten die Sozialzentren die grosse Zahl der Hilfesuche bisher bewältigen.

Die Umsetzung des Modells Zürich wurde parallel dazu sowohl auf der organisatorischen als auch auf der fachlichen Ebene intensiv weitergeführt. Im Zentrum stand die Weiterentwicklung der polyvalenten Arbeitsweise und der Ressourcen- und Sozialraumorientierten Sozialarbeit (RSO), die zusammen eine umfassende und gezielte Bearbeitung der Problemlagen der einzelnen Klientinnen und Klienten ermöglichen. Ausserdem wurden gezielte Unterstützungs- und Qualifizierungsmassnahmen für die Mitarbeitenden eingeführt sowie die konsequente Implementierung des Qualitätsmanagements vorangetrieben.

Mit der Auflösung der Amtsvormundschaft per 1.7.2003 und der strukturellen Integration der vormundschaftlichen Massnahmen in die regionalen Sozialzentren konnte der letzte bedeutende organisatorische Schritt der Zusammenführung der ambulanten sozialen Dienstleistungen vollzogen werden.

Eine wichtige Rolle spielten zudem Gemeinwesenarbeit, Soziokultur und die interne Koordinationsgruppe Stadtentwicklung bei der präventiven Arbeit zur sozialen Sicherheit im Rahmen des Legislatur-schwerpunktes 2002–2006 «Lebensqualität in allen Quartieren» .

Weiter wurde eine erste Beurteilung des Aufbaus der Sozialzentren und des Chancenmodells vorgenommen. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat in der «Zwischenevaluation über den Aufbau der Sozialzentren und die Umsetzung des Chancenmodells» (Weisung 152 vom 4.9.2003) ausführlich berichtet. Die wichtigsten Ergebnisse: Der Aufbau der Sozialzentren auf der strukturellen Ebene ist vollzogen; im organisatorisch Bereich ist der Handlungsbedarf definiert; im fachlich-methodischen Bereich liegen die wesentlichen Grundlagen vor; die Mitarbeitenden sind motiviert und sehen kein «zurück zu alten Zeiten». Die Fluktuationsrate beim Personal betrug 9,2% (10,6%).

Sozialzentren

Dank der Zusammenfassung der ambulanten sozialen Dienstleistungen in regionale, polyvalente Sozialzentren wird für die Bevölkerung der Zugang zur Hilfe verbessert. Zudem wurden erste Synergien zwischen den verschiedenen Fachbereichen sichtbar. Der Aufbau der Sozialzentren konnte zwar wegen des gestiegenen Fallvolumens und wegen der etappenweisen räumlichen Umsetzung nicht in der gewünschten Geschwindigkeit erfolgen. Er wurde jedoch zusammen mit der Konsolidierung der

Neuausrichtung erfolgreich vorangetrieben. So arbeiten seit der Eröffnung des Sozialzentrums Höggerstrasse im Oktober 2003 bereits vier von fünf Sozialzentren nach dem neuen Modell (mit der Einschränkung, dass noch nicht ganz alle Teams örtlich integriert sind). Der anlässlich der Eröffnung des Sozialzentrums Höggerstrasse veranstaltete Tag der offenen Tür stiess bei der Bevölkerung auf grosses Interesse wie auch die speziell für Behörden, Presse und Partnerorganisationen durchgeführten Informationsanlässe. Die helle, transparente Bauweise des Sozialzentrums fand in der Öffentlichkeit und bei den Mitarbeitenden viel Anklang. Das Zentrum vereinigt als erstes von Anfang an das ganze Angebot unter einem Dach (Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe, vormundschaftliche Massnahmen, Kleinkindberatung sowie die Leitung von Soziokultur und Gemeinwesenarbeit).

Die Arbeit der Intakes und der Teams Arbeit konnte weiter entwickelt und konsolidiert werden. Während bei den Intakes 30% der Neuanmeldungen innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen werden, unterstützen die Teams Arbeit die wirkungsvolle berufliche Integration der Klienten und Klientinnen. Die Umsetzung und Vertiefung der Ressourcen- und Sozialraumorientierten Arbeitsweise (RSO) und des Case Managements bildet weiterhin einen der zentralen Schwerpunkte in der fachlichen Neuausrichtung. Bereits sind konkrete Schritte erfolgt wie z. B. Qualifizierung und Trainings für Mitarbeitende, Allianzenmanagement (Austausch mit Vereinen, Schlüsselpersonen und Institutionen der Regionen), Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeit und Einzelfallarbeit und Einladungen für Partnerorganisationen.

Die Vorteile der polyvalenten, interdisziplinären Arbeitsweise in den Quartierteams mit dem angestrebten Case Management werden zunehmend sichtbarer: Gefässe zur fachlichen Unterstützung, neue Zusammenarbeitsformen und Abläufe unterstützen den Prozess und schaffen Vertrauen zwischen den drei Fachbereichen. Zur Zeit werden in hierarchie- und funktionsübergreifenden Teams Rahmenbedingungen und Anforderungen für eine zukunftsgerichtete EDV-Lösung formuliert. Diese soll sich an den Prozessen des Modells Zürich orientieren, also die polyvalente Fallarbeit optimal unterstützen und Komplexität und Kosten reduzieren.

Eine zentrale und Ressourcen intensive Aufgabe war die Integration der vormundschaftlichen Massnahmen. Die im Jahr 2002 getroffenen Entscheidungen konnten planmässig umgesetzt werden. Per 1.7.2003 wurde die Amtsvormundschaft als Dienstabteilung aufgehoben. Die bis dahin unter ihrem Dach geführten vormundschaftlichen Massnahmen sowie die Begleitung privater Beiständinnen und Beistände wurden in die Sozialzentren überführt. Der Umzug der Amtsvormundinnen und Amtsvormunde und ihrer Teams konnte allerdings – abgesehen vom Sozialzentrum Selnau – nicht gleichzeitig mit der organisatorischen Eingliederung stattfinden: Ende Oktober wurde das Sozialzentrum Höggerstrasse bezogen, wo nebst drei Praxisgemeinschaften der ehemaligen Amtsvormundschaft auch das Sekretariat für private Beiständinnen und Beistände seinen neuen Platz fand, im 3. Quartal bezogen zwei Praxisgemeinschaften ihre Räume im Sozialzentrum Dorflinde. Die restlichen Praxisgemeinschaften, die den Sozialzentren Dorflinde, Ausstellungsstrasse und Albisriederhaus zugeordnet sind, werden den Umzug gestaffelt, nach Bereitstellung der Räumlichkeiten, vornehmen.

Die Geschäftsleitung der Sozialen Dienste steuerte und begleitete den anspruchsvollen Integrationsprozess während des ganzen Jahres. Das zeitliche Auseinanderfallen von struktureller und räumlicher Integration in die Sozialzentren erforderte eine grössere Zahl organisatorischer Übergangsregelungen. Die neuen vormundschaftlichen Massnahmen werden nach einer zusammen mit der Vormundschaftsbehörde entwickelten Vorgehensweise in die Sozialzentren triagiert. Die während des Berichtsjahres gemachten Erfahrungen lassen erkennen, dass bei den meisten vormundschaftlichen Massnahmen die sozialräumliche Zuweisung mit den anderen sachgerechten Zuweisungskriterien vereinbar ist. Mit Weisung 102 vom 7.5.2003 hat der Stadtrat dem Gemeinderat über die Integration Bericht erstattet.

Kompetenzzentrum

Neben dem Alltagsgeschäft, das zur Hauptsache aus der fachlichen Unterstützung der Mitarbeitenden in den Sozialzentren sowie der Unterstützung der Geschäftsleitung der Sozialen Dienste besteht, widmete sich das Kompetenzzentrum folgenden Schwerpunkten: Mitwirkung an der Evaluation des Chancenmodells, Projektverantwortung für die «Zwischenevaluation zum Aufbau der Sozialzentren», inten-

sive fachliche Begleitung und Unterstützung im Bereich Chancenmodell und fachliche Weiterentwicklung der Sozialhilfe und der Jugend- und Familienhilfe. Seit März des Berichtsjahres war das Kompetenzzentrum ausserdem am Aufbau des Fachbereichs vormundschaftliche Massnahmen beteiligt. Damit konnte die anspruchsvolle Integration der vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in die Sozialzentren unterstützt werden. Neu dem Kompetenzzentrum zugeordnet wurde die Aufgabe der Koordination Stadtentwicklung innerhalb des Sozialdepartements, deren Aufbau im zweiten Quartal des Berichtsjahres einsetzte.

Entwicklungen in der Sozialhilfe

Die Entwicklung, die bereits mit dem Konjunkturrückgang 2002 eingesetzt hatte, verstärkte sich im Berichtsjahr 2003 massiv: Fallzahlen und Transferleistungen sind markant gestiegen und haben das Niveau der schwierigen 90er-Jahre weit überschritten.

Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl stieg um 12% von 10 419 Fällen im Jahr 2002 auf 11 631 Fälle, und die durchschnittliche Fallzahl pro Monat erhöhte sich um 16% von 6 181 auf 7 161 Fälle pro Monat. Die Bruttoauslagen (ohne Krankenkassenprämien) stiegen von Fr. 176,1 Mio. auf Fr. 207 Mio.

Der Fallbestand wird beeinflusst von der Anzahl der Neuaufnahmen und der Anzahl der Ablösungen. Der zentrale Aufnahmegrund für die subsidiäre Existenzsicherung gemäss Sozialhilfegesetz ist nach wie vor Erwerbslosigkeit (ALV in Abklärung, Taggeldbezug, ausgesteuert, nicht ALV-berechtigt). Die steigende Zahl der Neuzugänge gibt Anlass zur Sorge. Wann eine Wende eintreten wird, ist aufgrund der derzeitigen Entwicklungen schwer einschätzbar.

Bei den Ablösungen aus der Sozialhilfe kommt der Situation auf dem Arbeitsmarkt eine grosse Bedeutung zu. Steigende Erwerbslosigkeit führt dazu, dass mehr Menschen auf Existenzsicherung angewiesen sind und sie erschwert gleichzeitig die Ablösung der bereits unterstützten Personen, weil immer weniger geeignete Stellen zur Verfügung stehen.

Das Chancenmodell – ein wichtiger Baustein des Modells Zürich – ist eine Massnahme, um dieser Entwicklung soweit wie möglich entgegen zu wirken. Es fördert mittels Pflicht zur Erbringung einer Gegenleistung und finanzieller Anreize die berufliche und gesellschaftliche Integration. Im Juni hat die Fürsorgebehörde beschlossen, das Pilotprojekt mit einigen Änderungen um weitere zwei Jahre zu verlängern (vgl. erwähnte Weisung 152).

Entwicklungen in der Jugend- und Familienhilfe

Der Gesamtumsatz der Fallzahlen in der Jugend- und Familienhilfe ist mit 3 126 Fällen gegenüber dem Vorjahr (3 084) leicht angestiegen, dabei blieben die neuen Fälle mit 670 relativ konstant (668).

Deutlich angestiegen sind die Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen, die durch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Quartierteams betreut wurden (von 627 auf 711). Stark zugenommen hat insbesondere die Anzahl der Beistandschaften.

Im Jahr 2003 waren insgesamt 914 platzierte Kinder registriert; dies sind 75 mehr als 2002. Bei den Platzierungen in Tagesstrukturen (Krippen, Tagesschulen, Tagesfamilien) sind gegenüber dem Vorjahr (129) 60 mehr zu verzeichnen. Die Anzahl der Heimplatzierungen blieb mit 589 Kindern konstant.

In den Mütter- und Väterberatungsstellen hat die Zahl der erfassten Kinder mit 4 388 gegenüber dem Vorjahr (3 697) um 19% zugenommen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, bedeutet es doch, dass eine steigende Anzahl von Eltern mit ihren Kleinkindern dieses Angebot der Kurzberatung in Anspruch nimmt und sich damit das Potenzial von Früherkennungen allfälliger Fehlentwicklungen erhöht hat.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Schulsozialarbeit. Mit der am 22. September 2002 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit grossem Mehr angenommenen Vorlage zur «Definitiven Einführung der Schulsozialarbeit in den Volksschulen der Stadt Zürich» wurde die Grundlage geschaffen, um die Schulsozialarbeit bedarfsgerecht und flexibel in rund einem Drittel der Schulhäuser einzuführen (bis Ende 2006). Die personelle und fachliche Zuständigkeit liegt bei den Sozialzentren der Sozia-

len Dienste. In enger Zusammenarbeit haben das Sozialdepartement und das Schul- und Sportdepartement das Konzept «Schulsozialarbeit in der Stadt Zürich» mit Grundsätzen und Richtlinien zur Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Schule erarbeitet und am 29. August 2003 verabschiedet. Der Ausbau erfolgt schrittweise. Per Ende 2003 sind 17 Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter der Sozialen Dienste in 22 Schulhäusern tätig.

Vormundschaftliche Massnahmen der ehemaligen Amtsvormundschaft

Der Bestand der von den vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern (Amtsvormundinnen und Amtsvormunde aus der ehemaligen Amtsvormundschaft) geführten Massnahmen belief sich Ende 2003 auf 2 994 und lag damit geringfügig (1.2%) über dem Vorjahreswert (2 958). Dies sind 95 Fälle (92) pro Vollzeitstelle einer Mandatsträgerin bzw. eines Mandatsträgers (dazu ist zu bemerken, dass für jede dieser Vollzeitstellen gleichviel Stellenwerte für die Sachbearbeitung zur Verfügung stehen). Bei 398 (381) Zugängen und 362 (418) Abgängen wurden insgesamt 3 356 (3 376) Fälle bearbeitet. Die Zunahme des Fallbestandes ist auf die Entwicklung bei den zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen zurückzuführen (99 Zugänge, 69 Abgänge). Der Bestand der Erwachsenenschutzmassnahmen blieb praktisch unverändert. An die Stadtkasse gingen Entschädigungen und Spesenvergütungen aus Vermögen von Klientinnen und Klienten in der Höhe von 2 526 676 Franken (Vorjahr: Fr. 2 183 720).

Rund 200 (150) Privatpersonen konnten neu als private Mandatsträgerinnen und -träger gewonnen werden. Weiterbildungsangebote und Zusammenkünfte zum Erfahrungsaustausch waren sehr gut besucht. Die Bereitschaft der privaten Beiständinnen und Beistände, nach Beendigung einer Massnahme wieder eine neue zu übernehmen oder mehr als eine Massnahme zu führen, hat erfreulicherweise wiederum zugenommen. Am Ende des Berichtsjahres waren 990 (923) private Beiständinnen und Beistände im Einsatz, welche zusammen 1 315 (1 231) Massnahmen führten.

Kinderschutz

Die Fachgruppe Kinderschutz koordiniert die sieben regionalen Kinderschutzgruppen und ist dafür verantwortlich, dass die Resultate der kantonalen Arbeitsgruppe für Qualitätssicherung in den regionalen Kinderschutzgruppen umgesetzt werden.

Kinderschutzgruppen arbeiten nicht fallführend, sondern als Konsultativgremien für Fachleute. Dies entspricht den kantonalen Vorgaben und den Empfehlungen der Kinderschuttkommission.

Insgesamt 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Intakes und Quartierteams haben 2003 die internen Kinderschutzschulungen besucht. Zusätzlich erfolgten auf Wunsch teamweise Fachinputs zum Thema.

Fürsorgebehörde

Die Fürsorgebehörde trat zu 4 (5) Gesamtsitzungen zusammen. Ein Mitglied ist zurückgetreten.

Die Einzelfallkommission (EK) behandelte an 50 Sitzungen (47) insgesamt 2 633 Fälle (2 084), die – gemäss der regelmässig den Entwicklungen angepassten Kompetenzordnung – der Zustimmung der Fürsorgebehörde bedürfen. Davon betrafen 2 357 Fälle (1 878) die Sozialhilfe und 276 (206) die Jugend- und Familienhilfe. Die Einsprache- und Geschäftsprüfungskommission (EGPK) entschied an 6 Sitzungen über 148 Einsprachen (149).

Neben der regelmässigen Tätigkeit der Behördenmitglieder in der EK und EGPK und als Referenten und Referentinnen in den Sozialzentren wird die Hauptarbeit der Fürsorgebehörde in den themenspezifischen Kommissionen und Arbeitsgruppen geleistet. Die Kommission für Asyl- und Flüchtlingsfragen trat zu 6 Sitzungen zusammen. Die Kommission für Finanzfragen hat in 12 Sitzungen die Evaluation und Weiterentwicklung des Chancenmodells intensiv begleitet und unterstützt. Eine neu gebildete Arbeitsgruppe hat in 5 Sitzungen das aktuelle Thema Mietzinspraxis bearbeitet. Eine weitere Arbeitsgruppe schloss die Erarbeitung einer neuen Geschäftsordnung ab, die am 17. Dezember 2003 vom Gemeinderat genehmigt wurde (inklusive der Änderung der Bezeichnung in Sozialbehörde).

Informationszentrum (IZS)

Die Nutzung des Angebots des IZS hat weiter zugenommen. Im sechsten Betriebsjahr konnten rund 14 784 (12 401) Kontakte (Auskünfte, Beratungen, Besuche) verzeichnet werden, was einer Zunahme von 19.2% entspricht. Weitaus am meisten Anfragen gab es in den Bereichen Finanzen (Sozialhilfe, Budget- und Schuldenfragen, Unterstützungsangebote), Wohnungen (Wohnungssuche) und Eltern/Kinder (Krippenplätze, Betreuungs- und Entlastungsangebote). Ebenfalls gross war die Nachfrage für Auskünfte im Bereich Arbeit/Erwerbslosigkeit und für spezialisierte Rechtsberatungsstellen.

Verschiedene Beratungsangebote wurden erfolgreich mit Freiwilligen durchgeführt. Der wöchentlich stattfindende Schreibdienst beispielsweise, der seit April 2002 angeboten wird, erhielt deutlich mehr Anfragen als im Vorjahr, nämlich mehr als 486 (Vorjahr: 237 während 10 Monaten). Die unentgeltlichen BVG-/Pensionskassenberatungen, die seit März 2002 im IZS ein Mal pro Monat angeboten werden, finden seit September 2003 aufgrund der grossen Nachfrage nach Möglichkeit zwei Mal pro Monat statt. 228 Personen (142) haben diese Dienstleistung genutzt. Die 17 Vorträge bzw. Informationsnachmittage wurden von 503 Personen besucht.

Pflegekinder und Abklärungen für internationale Adoptionen

Das Kerngeschäft im Fachbereich Pflegekinder wurde im selben Umfang wie bisher fortgeführt: Vermittlung, Bewilligung, Aufsicht und Begleitung von meldepflichtigen Tagesverhältnissen und von bewilligungspflichtigen Wochen- und Dauerpflegeverhältnissen sowie Abklärung für internationale Adoptionen und Stiefkindadoptionen in der Stadt Zürich.

Im Bereich der internationalen Adoptionen hat sich die Zusammenarbeit mit der neuen Zentralbehörde des Kantons Zürich gut etabliert. Die Abläufe wurden dem neuem Recht (Haager Adoptionsübereinkommen) angepasst. Mit dem neuen Recht wird die Dauer des Pflegverhältnisses bis zur Adoption von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Dadurch konnten 2003 vermehrt laufende Adoptionsverfahren abgeschlossen werden.

Soziokultur und Gemeinwesenarbeit (GWA)

Im Jahr 2003 wurde die Positionierung der Soziokultur und der GWA als Teil eines umfassenden Präventions- und Integrationskonzepts vorangetrieben. Im Folgenden werden einige wichtige Tätigkeiten dieses Bereichs dargestellt.

GWA Zürich Nord

Anfang Februar präsentierte die GWA im Quartier das mit der Bevölkerung entwickelte Konzept zur neuen Gestaltung des Zentrumsgebiets Affoltern. Mit dem Konzept hatte Affoltern den 1. Platz des RZU-Wettbewerbes gewonnen. Mehrere Arbeitsgruppen engagieren sich nun in Zusammenarbeit mit der GWA für die Umsetzung von Anliegen wie Wochenmarkt, Kulturbahnhof, Fussgängerstreifen und Erwachsenentreff.

In Seebach startete die GWA gemeinsam mit dem Quartierverein einen Quartierentwicklungsprozess. An der Startveranstaltung nahmen mehr als 150 Personen teil. Die wichtigsten Probleme und Themen wurden aufgegriffen, in 6 Arbeitsgruppen bearbeitet und die Lösungsvorschläge und Massnahmen Ende November der Bevölkerung vorgestellt. Die Arbeitsgruppen haben Ideen zur Neugestaltung des Zentrums von Seebach entwickelt: Sie möchten, dass bei der Wohnbauerneuerung auch die sozialen Aspekte und das Quartier berücksichtigt und die Bewohnerinnen und Bewohner beteiligt werden. Die Veranstaltungen gehen von einer Kultur des Zusammenlebens zwischen allen Volksgruppen aus und beschäftigten sich mit den Themen Gewaltprävention und Verkehrsberuhigung.

Vom 27.–29. Juni 2003 fand in Oerlikon zum zweiten Mal das dreitägige Stadtteilstfest unter dem neuen Namen NORDfest statt. Das attraktive Angebot lockte bis zu 30 000 Besucherinnen und Besucher auf das ehemalige Industrieareal nördlich des Bahnhofs Oerlikon.

Höngg und Höngg-Rütihof

In Zusammenarbeit mit der Quartierbevölkerung wurde im Jugend- und Quartiertreff Höngg und in der Quartierschür Rütihof ein breites Programm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeboten. Verschiedenste Gruppen besuchten regelmässig die beiden Treffs und nutzten das grosse Angebot an Aktivitäten und Kursen. Im Kleinkinderbereich wurden die Chrabbel- und Spielgruppen sowie der Elterntreff wichtige Vernetzungspunkte. Die Arbeitsgruppe Kleinkinderbereich – bestehend aus der GWA Höngg und Rütihof, der reformierten Kirche und der Mütterberatung – stellte eine zunehmende Isolation und Verunsicherung der jungen Mütter im Quartier fest. In Zusammenarbeit mit dem Intake des Sozialzentrums Hönggerstrasse wird nun in der Quartierschür im Rahmen eines Pilotprojekts nebst dem offenen Treffpunkt einmal monatlich eine Beratungsstunde durch eine erfahrene Fachfrau angeboten. Eine spezielle Kursreihe – realisiert in Zusammenarbeit mit dem Elternbildungszentrum – berät Mütter und Väter in Entwicklungsfragen des Kindes.

Der Konflikt um die Lärmbelästigung durch den Jugendtreff konnte dank der Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten entschärft und eine neue Basis für die weitere Zusammenarbeit gelegt werden. Die Öffnungszeiten des Jugendtreffs der reformierten Kirche und des Jugendtreffs Höngg wurden besser aufeinander abgestimmt. In der Begleitgruppe des Jugend- und Quartiertreffs nahmen wieder zwei Gemeinderäte Einsitz. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wurde verstärkt.

Der «Arbeitskreis Jugendfragen Höngg», an dem auch Mitarbeitende des Jugend- und Quartiertreffs beteiligt sind, hat die Wanderausstellung «Anne Frank – Eine Geschichte für heute» von Amsterdam nach Höngg geholt. Gegen 50 Schulklassen und viele Einzelpersonen haben unter kompetenter Führung durch speziell ausgebildete Ausstellungsbegleiterinnen und -begleiter die Geschichte von Anne Frank und ihrer Familie, die Ereignisse der Weltgeschichte und die Verantwortung aller gegenüber Rassismus und Fremdenangst diskutiert und reflektiert.

Gemeinwesenarbeit (GWA) 3+4 und 5, Stromboli und Quartierhaus

Im Hardquartier wurde in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich und der Fachstelle für Stadtentwicklung ein Deutsch- und Integrationskurs für albanische Frauen initiiert. 26 Frauen nahmen regelmässig an den Kursen teil.

Im Stromboli fanden – nebst den üblichen Angeboten – Besonderheiten wie die Halloweenparty und «Übernachtung im Stromboli» wie immer grossen Anklang. In Zusammenarbeit mit der Spielanimation Kreis 4 und Langstrasse PLUS wurden die Weihnachtsbäume bei der Langstrassunterführung dekoriert. Bewährt haben sich wiederum die Nachmittage mit Buben- und Mädchen-spezifischen Programmen, an denen Buben und Mädchen ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Vorlieben leben und ausprobieren können.

Die geplante Sanierung der Viaduktbögen im Kreis 5 wurde in einem Prozess der Quartierbeteiligung angegangen. Die Quartierbewohnerinnen und -bewohner konnten ihre Vorstellungen zur Nutzung der Bögen und der Gestaltung des Umfeldes in einer von der Fachstelle für Stadtentwicklung durchgeführten Veranstaltung einbringen. Die GWA 5 engagierte sich in der Projektgruppe, welche die Ergebnisse in die Ausschreibung eines Wettbewerbs zum Neuausbau der Bögen einfließen liess.

Langstrasse PLUS

Anfang Jahr vernetzte sich Langstrasse PLUS mit den Organisationen der Jugendarbeit der Kreise 4 und 5, um mit gemeinsamen Kräften ein Quartier bezogenes Projekt für und mit Jugendlichen zu initiieren. 12 Jugendliche wurden im Drehen eines Videofilms angeleitet, in dem sie andere Jugendliche über ihre Wunschvorstellungen und Kritik am Langstrassenquartier befragten. Zwei Wochen nach Abschluss der Dreharbeiten lag eine authentische Videoreportage vor, die an der Premiere von einem breiten Publikum gefeiert wurde. Mindestens 800 Personen haben den Film gesehen.

Im Verlaufe des Sommers zeigte sich deutlich, dass die Nutzung des kleinen Spielplatzes auf der Zeughauswiese aufgrund der Verschmutzung durch Hundekot und des Aufenthalts von Alkoholkonsumenten auf dem Areal faktisch verunmöglicht war. Die GWA 4 und Langstrasse PLUS luden sowohl

die regelmässigen Benutzerinnen und Anrainer wie auch die zuständigen Vertreter und Vertreterinnen von Stadt und Kanton an einen Tisch. Innert Monatsfrist wurde der vernachlässigte Kinderspielplatz in der Nähe des Gartenkaffees neu aufgebaut und eingezäunt. Zudem regten die Alkoholkonsumenten ein Treffen mit den Frauen des Labyrinthgartens, dem sip züri, Langstrasse PLUS und GWA 4 an. Aus diesem Treffen ergab sich eine klare Abmachung über das Zusammenleben in diesem Raum. Sie wurde von den Benutzern und Benutzerinnen auf einer Holztafel festgehalten.

Zentrum Hardau

Das Bistro konnte auf Mitte des Jahres erfolgreich verpachtet werden. Die Eröffnung wurde mit einem grossen Sommerfest gefeiert. Die Räume des SchülerInnen Treffs werden neu auch von der Mütter- und Väterberatung des Sozialzentrums Ausstellungsstrasse und für den Kinderhütendienst der Deutsch lernenden albanischen Frauen genutzt. Das Open-Air-Kino auf dem Bullingerareal fand bei der Bevölkerung grossen Anklang. Pro Abend fanden sich um die 130 Filmbegeisterte ein. Die Seniorenveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Altersheimen Hardau und Bullinger wurden wieder aufgenommen. Zwischen 30 und 50 ältere Menschen freuten sich, sich über die Kontaktmöglichkeiten im Quartier zu informieren.

Jugendkulturhaus Dynamo

2003 war einmal mehr ein bewegtes Jahr für das Dynamo. Ausserordentliche Schwerpunkte bildeten nebst den regulären Angeboten das Jubiläum «15 Jahre Dynamo», der Wechsel in der Leitung des Jugendhauses aufgrund der Pensionierung der Leiterin sowie einige Renovationsarbeiten.

Im März und April versah das Tiefbauamt die Meteor- und Abwasser-Auffangbecken auf dem Dynamoareal mit neuen Überlaufsicherungen. Infolge der grossen Baustelle konnten die Betriebe Metallwerkstatt und Chuchi am Wasser nur eingeschränkt geführt werden.

Die seit langem bekannten baulichen und feuerpolizeilichen Mängel an der Wasserwerkstrasse 21 wurden im 2. und 3. Quartal in Angriff genommen. Durch den Einbau von neuen Fluchttüren und durch Gangverbreiterungen konnten nun die erlaubten Besucherzahlen für den grossen Saal und das Kellertheater wieder auf die ursprünglichen Besucherzahlen von 500 bzw. 200 Personen ausgedehnt werden. Der Umbau beeinträchtigte den Betrieb während ca. zwei Monaten.

Trotz dieser beiden Bauphasen konnten die Besuchszahlen und Aktivitäten nochmals etwas gesteigert werden auf rund 50 000 Veranstaltungsbesuche, 30 000 Kursbesuche, 115 000 begleitete Besuche und 16 000 selbstorganisierte Besuche.

Bäckeranlage

Die insgesamt 45 kulturellen Veranstaltungen, Konzerte, Lesungen und Performances stiessen beim Publikum auf grosse Resonanz. Während im Winter die Kapazitätsgrenze bei 50 Besuchern und Besucherinnen lag, besuchten an schönen Sommerabenden oft über hundert Leute aus den umliegenden Quartieren die Veranstaltungen. Das Restaurant «b» schloss seinen Betrieb Ende Oktober, um dem Neubau des Quartierzentrums Platz zu machen. Im November wurde mit dem Neubau begonnen. Die Eröffnung des Quartierzentrums ist auf den Sommer 2004 geplant. Das geplante Restaurant wurde zur Vermietung ausgeschrieben. Das Konzept des langjährigen Betreibers des Restaurant «b» überzeugte am meisten und er konnte als zukünftiger Mieter gewonnen werden. Erste Schritte für die Konkretisierung des Betriebskonzeptes und die Begleitung des Betriebs zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Quartiers sind bereits gemacht.

Der Spielwagen war von Frühling bis Herbst an drei Nachmittagen pro Woche für die Kinder des Quartiers geöffnet. Zusätzlich fanden während der Schulferien vier Spielwochen statt.

GWA Letzi

Das Projekt Transit BE+ in der Grünau neigt sich dem Ende zu. Das Projekt war ein Erfolg dank der beispielhaften Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle für Stadtentwicklung, der Liegenschaftenver-

waltung der Stadt Zürich, der GWA und der Grünauer Institutionen. Das MieterInnenbüro, das die Bewohner und Bewohnerinnen der Siedlung Bernerstrasse bei der Wohnungssuche unterstützte, hat seinen Auftrag erfolgreich abgeschlossen. Mit dessen Unterstützung, Beratung und Begleitung haben alle Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung Bernerstrasse (267 Mietverhältnisse) eine neue Wohnung gefunden. Die Siedlung bleibt durch das Kunstprojekt FUGE bis zum Schluss belebt. Künstler und Künstlerinnen des Vereins füllen die Leere, die durch den Wegzug der Bewohnerschaft entstanden wäre mit künstlerischen Darstellungen, Aktionen und Veranstaltungen.

An den zwei Siedlungsfesten, welche die Betriebsgruppe des Gemeinschaftsraumes Farbhof im Mai und Oktober in Eigenregie organisierte, nahm eine grosse Zahl der Siedlungsbewohnerinnen und -bewohner teil.

Zentrum Karl der Grosse

Mehr als 40 Einzelpersonen und Gruppen haben die Initiative des Zentrums Karl der Grosse aufgenommen und sind im Jahr 2003 Kooperationen eingegangen. Innerhalb der vier thematischen Reihen «Gefühlssache», «Lebenszeit 1», «Sinn und Sinne» und «Lebenszeit 2», sind Theateraufführungen, Videos, thematische Veranstaltungen, Lesungen, Kurse und Ausstellungen entstanden. Mit dem «Blauen Salon» wurde zusätzlich eine Ideenwerkstatt geschaffen, aus der ebenfalls neue Projekte entstanden sind. Zusammen mit den Haus-Produktionen (StreitBar, Konzerte für FrühaufsteherInnen u.a.) konnten wiederum mehr als 100 eigene Veranstaltungen durchgeführt werden.

Verschiedene Aktionen waren so angelegt, dass Gäste das Haus auf immer wieder neue Art sehen und erleben konnten: die Ausstellung «Plakate gegen den Krieg», die Videodokumentation «Projektionen aus der Arbeitswelt», die begeh- und benutzbare Installation «Ein Ort zum Verweilen» sowie die Ausstellung «Lifetime», bei der Kunstschaffende in einen Dialog mit dem Publikum getreten sind. Im September gastierte die «Kulturplattform so» im Haus. Ein Zusammenschluss von sieben jungen Kunstschaffenden stellte Bilder, Objekte und Skulpturen aus und lud zur offenen Bühne ein.

Zahlreiche Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen haben zu einem Anstieg von mehr als 15% bei den Raumvermietungen geführt.

Zentrum Klus

Das Zentrum Klus registrierte rund 85 500 Besuche. Die Anzahl Veranstaltungen nahm gegenüber dem Vorjahr um ca. 25% zu und verzeichnete durchschnittlich 30% mehr Besucherinnen und Besucher. Der Freiwilligen-Pool konnte erweitert werden. Ende 2003 halfen rund 10 Freiwillige im Zentrum mit.

Das Foyer wurde neu für Ausstellungen erschlossen. Das Sandwich-Kino (Kinoveranstaltung für das Quartier) konnte sich etablieren. Die Gruppe ist nun in der Lage, das Projekt selbstständig weiter zu führen, was der Zielsetzung des Zentrums entspricht, Gruppen nur so lange wie notwendig zu begleiten. Am diesjährigen Kerzenziehen haben rund 1 600 Personen teilgenommen.

Drehscheibe Soziokultur

Der Hauptakzent der Kontaktstelle für Kinderanliegen lag beim Projekt Mega!phon. Aktuell werden drei Kinderkonferenzen moderiert und die Kinder bei der Umsetzung ihrer Anliegen begleitet.

Die von der Kontaktstelle für Kinderanliegen organisierten Austauschveranstaltungen für die soziokulturellen Animatoren und Animatorinnen im Kinderbereich sind auf zunehmendes Interesse gestossen.

Im August 2003 feierten die Kinder auf dem Roswiesenplatz die Neueröffnung des mit ihnen zusammen neu gestalteten öffentlichen Platzes. Eine weitere Planungswerkstatt für die Neugestaltung des Platzes Ecke Hammer-/Drahtzugplatz wurde zusammen mit dem Hort Hammerstrasse realisiert.

41 Mädchen und Jungen erfanden 2003 das Stadtspiel. Eine Aufgabe des Wettbewerbs verlangte von den Kindern einen Besuch in einem Altersheim, den Stempeldruck des Hauses und eine Unterschrift einer Bewohnerin, eines Bewohners. Die Heimleitungen wurden mit einem Brief über den Besuch der

Kinder vorgängig informiert. Die Rückmeldungen der Kinder, wie sie den Besuch erlebt haben, wurden zusammengefasst. Eine Gruppe der «Stadtspielkinder» hat den Megalphon Kinderclub gegründet und steckt jetzt mitten in den Vorbereitungen des 1. Zürcher Kinderkongresses.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit ist auch bei der Kontaktstelle für Freiwilligenarbeit spürbar: Der Anteil ratsuchender, arbeitsloser Personen stieg von weniger als 10% im 2002 auf 30%. Deshalb hat die Kontaktstelle für Freiwilligenarbeit in Zusammenarbeit mit dem Laufbahnzentrum Zürich und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit mit der Planung eine Fachtagung zum Thema «Arbeitslosigkeit und Freiwilligenarbeit» begonnen.

Seit Februar 2003 ist die Website www.freiwillige.stzh.ch mit einer Einsatz-Börse für Freiwillige ergänzt, die von den Non-Profit-Organisationen der Stadt Zürich rege genutzt wird. Zusammen mit der Freiwilligenagentur der Stiftung Kirchlicher Sozialdienst Zürich wurden weitere zwei Nummern von «zürich freiwillig» herausgegeben (je 3 500 Ex.). An Fachhochschulen und Kantonsschulen, bei Pensionierungskursen und in Non-Profit-Organisationen führte die Kontaktstelle für Freiwilligenarbeit fachliche Unterstützung bei der Ausbildung von Freiwilligen-Verantwortlichen und bei der Einführung von Freiwilligenarbeit durch.

Am Sportferienlager Fiesch nahmen 720 Jugendliche teil. Zum soziokulturellen Programm gehörten 18 Kurse sowie diverse Freizeitinseln und Aktivitäten. Neue Kurse wie Werkstatt für Animationsfilm, Gesangsworkshop sowie das Abbauen und Gestalten von Speckstein aus der Region wurden erfolgreich eingeführt. Die Information und Beratung der Condomeria im Bereich Sexualität, Verhütung und Aidsprävention stiess auf grosses Interesse und löste viele Gespräche aus.

Als Alternative zum Wintersportangebot in Fiesch wurde 2003 das Projekt Ferienkurse im Dynamo («dynamic days») lanciert mit dem Ziel, Jugendlichen im Alter von 12 bis 15 Jahren Kursprogramme im kulturellen, bildenden und kreativen Bereich – analog den soziokulturellen Angeboten im Ferienlager Fiesch – anzubieten. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Eigeninitiative und Aktivität geleistet. In den zwei Pilotwochen (Sport- und Frühlingsferien) nahmen 75 Jugendliche im Alter von 11 bis 15 Jahren an dem Ganztagesprogramm teil.

Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2003)

Volks- und Einzelinitiativen, welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)
 EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)
 VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe	Einreichung	Name Ratsmitglied/Kommission
SR-G-Nr.	Überweisung	Geschäftsbezeichnung
GR-G-Nr.		

VI	17.04.02	Grüne Partei
02000759	29.05.02	Kinderbetreuung konkret!
02000125		

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:

Art. 2^{bis} (neu): Die Stadt Zürich gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit.

Mit Zuschrift des Stadtrates vom 24. September 2003 wurde dem Gemeinderat eine Fristverlängerung um sechs Monate bis zum 17. April 2004 beantragt. Der Gemeinderat hat diesen Antrag mit Beschluss Nr. 1960 vom 22. Oktober 2003 bewilligt.

Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2003)

Motionen und Postulate, welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)
 POS = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

I. Unerledigte

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	25.08.99	Bögle Heinz und Dettli Reto
01002256	21.11.01	Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums
01000595		

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.

Das Sozialdepartement anerkennt den Bedarf nach einem Quartierzentrum im Kreis 5, welches einerseits das bestehende Quartierhaus 5 ersetzen und andererseits besser erreichbar und nutzbar sein soll für die Bewohnerschaft des ganzen Industriequartiers. Aufgrund des geplanten Landabtausches zwischen der Stadt Zürich und dem Kanton Zürich im Rahmen der Kantonalisierung der HGKZ (Hochschule für Gestaltung und Kunst), gibt die Stadt den Standort Kornhausbrücke an den Kanton ab und erhält dafür das Schützeareal. Davon betroffen sind das Schulhaus Kornhaus und das Quartierhaus 5, d.h. für beide Einrichtungen muss ein Ersatz gefunden werden.

Das Sozialdepartement favorisiert als Lösung für den Bau eines Quartierzentrums die Verbindung von Bau und Nutzung mit der geplanten Schulhausanlage auf dem Schützeareal. Einerseits können auf diesem Weg viele Synergien in der Nutzung und baulichen Gestaltung erreicht werden, was nicht nur kostengünstiger ist als ein eigenes Quartierzentrum, sondern auch den Zielen der Quartierschulen entspricht. Andererseits ist der Standort sehr zentral im Industriequartier gelegen. Die Anforderungen für quartierbezogene Räume in der Schulhausanlage wurden in Zusammenarbeit mit der IMMO definiert und fliessen in die Grundlagen für die Ausschreibung des Wettbewerbs ein.

Im Moment ist diese Variante hinsichtlich Kosten, Lage und Nutzungspotential die erfolgsversprechende. Die Abklärung von Alternativen haben zu keinem vergleichbaren Ergebnis geführt. Das Postulat kann jedoch noch nicht abgeschlossen werden, da die politischen Entscheide zum Bau der Schulhausanlage mit integriertem Quartierhaus Schützeareal noch ausstehen.

POS	15.09.99	Fraktion Grüne Partei/AL/FraP Fraktion
99001651	22.03.00	Kindersession, Durchführung
99000440		

Der Stadtrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Kindern im Jahr 2000 eine erste Stadtzürcher Kindersession mit Budgetkompetenz und einem Motionsrecht an den Gemeinderat durchzuführen. Dabei sollen Kinder schweizerischer und ausländischer Herkunft gleichermaßen Zugang haben.

Das Projekt «Mega!phon» schafft für die jungen Menschen in Zürich Gelegenheiten zum Mitreden, Mitgestalten und Mitbestimmen und öffnet Türen zu Stadtverwaltung und Politik (www.mega!phon.ch). Das im Jahr 2000 lancierte Projekt ist ein zentrales Teilprojekt des Legislatorschwerpunkts «Jugendstadt – Altersstadt» und wird vom Sozialdepartement und vom Schul- und Sportdepartement gemeinsam getragen.

In den vergangenen dreieinhalb Jahren haben rund 4'000 Kinder respektive Jugendliche an Mega!phon-Veranstaltungen teilgenommen. 210 Kinder und Jugendliche haben sich in Gruppen organisiert und reden bzw. redeten in konkreten Projekten mit.

Das Schwergewicht der laufenden Aktivitäten liegt zum einen auf dem weiteren Aufbau der Kinder- und Jugendpartizipation in den Quartieren. Zum anderen sollen Kinder und Jugendliche bei Planungsvorhaben vermehrt beteiligt werden, etwa bei der Planung oder Sanierung von Spielplätzen oder im Wohnumfeld. Für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Beteiligung von Schülerinnen und Schülern stehen ab Frühjahr 2004 Unterstützungsmodule für Schulen und Lehrkräfte bereit.

Das Projekt «Mega!phon» ist auf Ende 2004 befristet. Im Herbst 2004 wird dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet, wie die Kinder- und Jugendpartizipation in Zürich ab 2005 definitiv gefördert werden soll.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 99001652 99000441	15.09.99 22.03.00	Fraktion Grüne Partei/AL/FraP Fraktion Jugendsession, Durchführung

Der Stadtrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen im Jahr 2000 eine erste Stadtzürcher Jugendsession mit Budgetkompetenz und einem Motionsrecht an den Gemeinderat durchzuführen. Dabei sollen Jugendliche schweizerischer und ausländischer Herkunft gleichermaßen Zugang haben.

Das Projekt «Mega!phon» schafft für die jungen Menschen in Zürich Gelegenheiten zum Mitreden, Mitgestalten und Mitbestimmen und öffnet Türen zu Stadtverwaltung und Politik (www.megaphon.ch). Das im Jahr 2000 lancierte Projekt ist ein zentrales Teilprojekt des Legislatorschwerpunkts «Jugendstadt – Altersstadt» und wird vom Sozialdepartement und vom Schul- und Sportdepartement gemeinsam getragen.

In den vergangenen dreieinhalb Jahren haben rund 4'000 Kinder respektive Jugendliche an Mega!phon-Veranstaltungen teilgenommen. 210 Kinder und Jugendliche haben sich in Gruppen organisiert und reden bzw. redeten in konkreten Projekten mit.

Das Schwergewicht der laufenden Aktivitäten liegt zum einen auf dem weiteren Aufbau der Kinder- und Jugendpartizipation in den Quartieren. Zum anderen sollen Kinder und Jugendliche bei Planungsvorhaben vermehrt beteiligt werden, etwa bei der Planung oder Sanierung von Spielplätzen oder im Wohnumfeld. Für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Beteiligung von Schülerinnen und Schülern stehen ab Frühjahr 2004 Unterstützungsmodule für Schulen und Lehrkräfte bereit.

Das Projekt «Mega!phon» ist auf Ende 2004 befristet. Im Herbst 2004 wird dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet, wie die Kinder- und Jugendpartizipation in Zürich ab 2005 definitiv gefördert werden soll.

POS 00001797 00000455	20.09.00 25.10.00	Prelicz-Huber Katharina Kinder- und jugendgerechte Stadt, departementsübergreifendes Gesamtkonzept
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept für eine kinder- und jugendgerechte Stadt, das Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen beinhaltet, erarbeitet werden kann.

Jugendstadt-Altersstadt bildet einen der stadträtlichen Legislatorschwerpunkte für die Jahre 2002–2006: Die jungen Menschen sowie die Menschen im Pensionsalter sollen verstärkt in die Entwicklung der Stadt einbezogen werden. Ziel ist, die Lebensqualität beider Altersgruppen systematisch zu verbessern. Dies soll mit einer Reihe von Massnahmen und Projekten für beide Generationen erreicht werden. Das Gesundheits- und Umweltsportdepartement und das Sozialdepartement sind gemeinsam für diesen Legislatorschwerpunkt verantwortlich.

Im Teil Jugendstadt bildet die Entwicklung einer städtischen Jugendpolitik ein zentrales Teilprojekt. Das resultierende Jugendkonzept soll als verbindliche Leitplanke für Angebote, Massnahmen und Projekte im Jugendbereich dienen. Im Jahr 2003 begannen die Vorarbeiten für das Jugendkonzept: Für die Situationsanalyse wurden in Hearings mit Fachleuten Thesen zu zentralen Lebensfeldern von Jugendlichen erarbeitet. Auf dieser Grundlage wird im Jahr 2004 eine Umfrage bei Jugendlichen der Stadt Zürich durchgeführt. Sie soll das Bild der Fachleute ergänzen und kontrastieren.

POS 01000008 00000616	20.12.00 17.04.02	Schwyn Markus und Mettler Christian Globalbudget Ergänzender Arbeitsmarkt, Rückführung ins Remo-Budget
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Globalbudget Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM) abgeschafft und das Rechnungswesen auf diesem Gebiet inskünftig nach der Struktur der Remo-Budgets geführt werden kann.

Der Stadtrat hat das Anliegen geprüft und lehnt eine isolierte Abschaffung des Globalbudgets des Ergänzenden Arbeitsmarktes (EAM) und eine Rückführung ins REMO-Budget ab. Dies unter anderem, weil auch von Exponentinnen und Exponenten des Gemeinderates und Mitgliedern der Spezialekommission für das Sozialdepartement dem Globalbudget des EAM im Vergleich zu Globalbudgets anderer Pilotabteilungen grosse Transparenz und Verständlichkeit attestiert wird. Über die Frage der Globalbudgetierung wird im Kontext der Weiterentwicklung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOF) ein Grundsatzentscheid zu fällen sein, welcher dann zumal selbstverständlich auch Vorgabe für die Art der Budgetierung im EAM ist.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 01000625 01000164	21.03.01 22.05.02	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

POS 01000970 01000249	09.05.01 11.09.02	Bertogg-Baudet Simone und 6 Mitunterzeichnende Familienzentren, Förderung in den Quartieren
-----------------------------	----------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Familienzentren in Quartieren vermehrt gefördert und unterstützt werden können.

POS 01001258 01000341	20.06.01 18.12.02	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Wipkingen, Schaffung eines Freizeitangebots für Jugendliche
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Wipkingen für und mit Jugendlichen ein niederschwelliges Freizeitangebot geschaffen werden kann.

Unter der Trägerschaft von OJA Offene Jugendarbeit Zürich läuft in Wipkingen für die Jahre 2003/2004 ein Pilotprojekt, das eine umfassende Bedarfserhebung mit Jugendlichen beinhaltet und die Grundlage für die Einrichtung einer offenen Jugendarbeit im Quartier bildet. OJA Wipkingen startete im August 2003 mit einem Jugendarbeiter, im Februar 2004 wird das Team mit einer Jugendarbeiterin ergänzt. Bis im Juni 2004 werden die Bedürfnisse der Jugendlichen im Quartier eruiert. Die Bedarfserhebung mit Jugendlichen wird in Zusammenarbeit mit Mega!phon, dem städtischen Projekt für Kinder- und Jugendpartizipation, durchgeführt. Dabei werden Jugendliche nach ihren Wünschen befragt und auch dazu angeregt, ihre Ideen umzusetzen.

Die Resultate der Bedarfserhebung fliessen in die Kontraktverhandlungen 2005–2008 mit dem Sozialdepartement sowie in das künftige Konzept der OJA Wipkingen ein.

POS 01001872 01000475	26.09.01 18.12.02	Marthaler Thomas und 4 Mitunterzeichnende Sozialzentren, Vernetzung mit Behörden und fürsorgerisch/sozial tätigen Vereinen
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in den Sozialzentren Stellen bezeichnet werden könnten, welche die Vernetzung mit den Behörden sowie den fürsorgerisch und sozial tätigen Vereinen in den Quartieren herstellen und institutionalisieren.

POS 02001768 02000366	25.09.02 29.01.03	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, Erstellung eines Berichts
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen detaillierten Bericht zu Struktur, Organisation, Vernetzungen, bisheriger und erwarteter Entwicklung und zu den Problemfeldern der aktuellen Drogenpolitik der Stadt Zürich vorzulegen.

POS 03001777 03000254	02.07.03 20.08.05	Roth Mark Notschlafstelle für Minderjährige
-----------------------------	----------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Stadt Zürich eine Notschlafstelle mit einem niederschwelligem Betreuungs- und Triageangebot für minderjährige Jugendliche, welche den Sorgerechtsinhabenden kurzzeitig ihren Aufenthaltsort nicht bekannt geben möchten, eingerichtet werden kann. Die Sorgerechtsinhabenden sollen vorerst von den anwesenden Betreuungspersonen informiert werden, dass sich der/die Jugendliche in sicheren Verhältnissen befindet.

POS 03002625 03000441	19.11.03 17.12.05	Sozialdemokratische Partei Fraktion Behinderte, Fachpersonen in Ämtern als Anlaufstelle für deren Anliegen
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in all jenen Ämtern oder Verwaltungsabteilungen, deren Tätigkeit die Anliegen von Menschen mit einer Behinderung betreffen, eine Fachperson bezeichnet werden kann, welche als Anlauf- und Koordinationsstelle für diese Anliegen verantwortlich ist. Die Vernetzung zwischen diesen Stellen ist zu gewährleisten. Dies muss budgetneutral erfolgen.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für welche der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 98001731 98000315	23.09.98 08.09.99	Steiner Romeo und Diem Hans Züspa-Sonderschau «Berufe an der Arbeit», finanzielle Unterstützung

Der Stadtrat wird beauftragt, die Sonderschau «Berufe an der Arbeit» bzw. deren Organisation mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag von Fr. 75 000.– zu unterstützen.

Pro Memoria sei zunächst nochmals kurz die Geschichte dieses Postulats festgehalten:

In Korrektur des Antrags des Stadtrats, welcher in Nachachtung der vorliegenden Motion für die Jahre 2000–2003 einen jährlichen Beitrag von Fr. 75'000 vorsah, beschloss der Gemeinderat am 5. Januar 2000, der Züspa-Sonderschau «Berufe an der Arbeit» nur für das Jahr 2000 einen Beitrag von max. Fr. 75'000 zu gewähren. Dies in der Meinung, dass die künftige Beitragsgewährung grundsätzlich von einem finanziellen Engagement des Kantons abhängig gemacht werden sollte und ein entsprechender Vorstoss auf Kantonsebene bereits hängig war. Der Kanton lehnte indessen einen Beitrag ab. Deshalb verzichtete der Stadtrat auf weitere Beitragsweisungen und die Einstellung eines entsprechenden Betrages in nachfolgenden Voranschlägen. Auch seitens des Gemeinderats erfolgten keine Vorstösse in dieser Richtung.

Vor diesem Hintergrund wurde mit den Geschäftsberichten 2000 und 2001 zwei Mal hintereinander der Antrag auf Abschreibung der Motion gestellt. Der Gemeinderat lehnte eine Abschreibung jedoch beide Male ab.

Da sich an der Haltung des Kantons wiederum nichts geändert und der Stadtrat vom Gemeinderat keinen Auftrag zur Weiterverfolgung der Angelegenheit erhalten hat, wird abermals beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Dieser Antrag erfolgt auch angesichts der Stimmen im Gemeinderat, die dezidiert der Meinung sind, im Sozialwesen müsse substanziiell gespart werden. Dies wurde u.a. mit dem Postulat der FDP- und CVP/EVP-Fraktion, Aufwand im Sozialbereich, Bericht über Plafonierung (überwiesen am 10. September 2003) zum Ausdruck gebracht. Die Verpflichtung, freiwillig eine neue Aufgabe mit wiederkehrenden Ausgaben vom Fr. 75'000 jährlich zu übernehmen, stünde in krassem Gegensatz zu den dokumentierten Sparintentionen.

POS 00001653 00000418	30.08.00 10.01.01	Maissen Placid und 5 Mitunterzeichnende Bäckeranlage, Massnahmen zur Verbesserung der Situation
-----------------------------	----------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die folgenden Massnahmen zur Hebung der Lebensqualität rund um die Bäckeranlage geeignet sind:

1. Die SIP ist zu reorganisieren (d. h. mit mehr Kompetenz auszustatten) und eine bessere Zusammenarbeit mit der Polizei ist anzustreben und die Präsenzzeit auf 23.00 evtl. 24.00 auszudehnen.
2. Die Bäckeranlage ist, wenn der Hag im Moment nicht errichtet wird (trotzdem das Postulat überwiesen wurde), in der Nacht so auszuleuchten, dass die Polizei das Dealen und kriminelle Treiben am Abend in den Griff bekommt.

Seit der Räumung und Wiedereröffnung der Bäckeranlage im April 2001 gibt es dort keine Ansammlungen von Drogen oder Alkohol Konsumierenden mehr. Seither wird die Anlage von einem sehr breiten Publikum benutzt, Restaurant, Spielanimation und Kulturprogramm verzeichneten jedes Jahr Besucherrekorde. Ausserdem wurde im Herbst 2003 mit dem Bau des Quartierzentrums begonnen, was noch stärker zur Belebung der Anlage beitragen wird, insbesondere auch im Winter.

sip züri arbeitet seit der Schliessung der Bäckeranlage sehr eng mit der Polizei zusammen und hat zusammen mit dieser massgeblich dazu beigetragen, dass die Anlage heute wichtigster Erholungsraum im Quartier ist. Die Präsenzzeiten von sip wurden 2001 auf 23.00 ausgedehnt.

Das Postulat kann damit abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 01000968 01000247	09.05.01 11.09.02	Bertogg-Baudet Simone und 6 Mitunterzeichnende Tagesmütterverein, Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Tagesmütterverein abschliessen kann, die folgende Punkte beinhaltet:

- angemessene finanzielle Entschädigung der Tagesfamilie
- Weiterbildungsangebote
- Supervision
- Anbindung an eine Krippe in der Nähe
- Qualitätskontrolle

Das Sozialdepartement schloss 2003 mit dem Tagesfamilienverein einen neuen Leistungsvertrag ab, welcher eine Erhöhung des Beitragssatzes beinhaltet sowie die zentralen Punkte des Postulats berücksichtigt. Der Stadtrat stimmte der Vorlage zu (StRB Nr. 1219 vom 20. August 2003).

Mit dem neuen Leistungsvertrag ist der Tagesfamilienverein in der Lage, die im Jahr 2000 erhöhten Tarife für Tageseltern zu finanzieren. Tageseltern verdienen pro Stunde Fr. 5.20 plus Fr 0.43 Ferienentschädigung, Total Fr. 5.65. Dazu kommen Fr 0.50 Spesen pro Stunde und Fr. 5 für ein Mittagessen. Eine Tagesmutter verdient somit bei einer Betreuung von 8 Stunden pro Tag Fr. 54.20. Da die Tagesfamilien beim Tagesfamilienverein angestellt sind, übernimmt dieser auch die Sozialleistungen. Die Leistung der Tagesfamilie ist ein semi-professionelles Angebot. Die Tagesmutter, der Tagesvater braucht für die Tätigkeit keine spezielle Ausbildung. Sie besuchen einen Einführungskurs, welcher vom kantonalen Verband Zürcher Tagesfamilienvereine angeboten wird. Das Sozialdepartement erachtet den Lohn als angemessen.

Was die Weiterbildungsangebote betrifft, können die Tagesmütter und Tagesväter Kurse des kantonalen Verbandes besuchen. Zur Sicherung der Betreuungsqualität führt der Verein in einigen Stadtkreisen eine Weiterbildung (Praxisbegleitung) für Tagesmütter durch, die sich sehr bewährt hat und die flächendeckend für die ganze Stadt eingeführt werden soll.

Der Tagesfamilienverein entwickelt bis Ende 2004 ein Betreuungskonzept. Die Qualitätskontrolle ist Teil davon.

In Zusammenarbeit mit dem Kinderhaus Entlisberg ist das Pilotprojekt «Familienkrippe», eine Adaption des Genfer Modells, für 2004 bis 2006 geplant. Die Anbindung der Tagesfamilie an eine Krippe in der Nähe ist damit bereits in der Umsetzungsphase. Ein Mal wöchentlich besucht die Tagesmutter mit den eigenen und fremden Kindern die Kindergruppe in der Krippe. Dadurch entstehen Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten für die Kinder, Tagesmütter und Eltern. Eine Ausweitung des Modells auf andere Stadtkreise ist denkbar.

Das Postulat ist damit erfüllt und kann abgeschrieben werden.

POS 02002308 02000519	27.11.02 13.12.02	Kuhn Rolf und Stähler Anton Jugendsiedlung Heizenholz, Kostenbeitrag an die Erneuerung der Spielgeräte auf dem Gelände
-----------------------------	----------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt einen Beitrag von 50 Prozent der Gesamtkosten an die Erneuerung der Spielgeräte auf dem öffentlich zugänglichen Gelände der Jugendsiedlung Heizenholz leisten kann.

Mit Verfügung vom 27. August 2003 übernahm das Sozialdepartement Fr. 50'000.– an die Kosten der Spielplatzerneuerung in der Jugendsiedlung Heizenholz. Der Spielplatz der Jugendsiedlung hat eine wichtige soziale Funktion im Rütihof und wird sehr rege genutzt. Die Spielgeräte mussten erneuert werden, weil sie nicht mehr den Bausicherheitsnormen entsprachen. Die Gesamtkosten der Erneuerung beliefen sich auf Fr. 111'000.– Neben dem Sozialdepartement beteiligten sich die Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime mit Fr. 59'250.– und die Primar-Sonderschule sowie der Eltern- und Freizeitclub Rütihof je mit Fr. 500.– an den Kosten.

Das Postulat ist erfüllt und kann damit abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 03001841 03000292	09.07.03 10.09.03	Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei und Fraktion der Christdemokratischen Volkspartei/EVP Aufwand im Sozialbereich, Bericht über Plafonierung

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat vor der Budgetdebatte 2004 einen Bericht über jene Ausgaben im Sozialbereich zu unterbreiten, welche nicht durch eidgenössische oder kantonale Gesetzgebung gebunden sind.

Der ausführliche und seitens verschiedener Exponentinnen und Exponenten des Gemeinderats als sehr gut qualifizierte Bericht wurde vom Stadtrat bereits am 29. Oktober 2003 vorgelegt (GR Nr. 2003/397; Weisung 177). Das Postulat ist damit erfüllt und kann abgeschrieben werden.

Berufsberatung

Tabelle 1 Anzahl der Beratungsfälle

	männlich	weiblich	Total
Total individuelle und kollektive Beratungsfälle			6 555
Davon Fortbildungsjahr SHL (Schule für Haushalt- und Lebensgestaltung)		175	
Davon Berufswechselkurse		49	
Total individuelle Beratungsfälle	2 863	3 468	6 331
Davon RAV-Fälle			1 268

Tabelle 2 Altersgliederung der Ratsuchenden (von den abgeschlossenen Fällen)

	männlich	weiblich	Total
bis 15 Jahre	746	828	1 574
16–17 Jahre	439	445	884
18–19 Jahre	163	209	372
20–24 Jahre	332	520	852
25–29 Jahre	333	447	780
30–39 Jahre	557	657	1 214
40–49 Jahre	226	285	511
50 und mehr Jahre	67	77	144
Total	2 863	3 468	6 331

Tabelle 3 Beratungsschwerpunkte

	männlich	weiblich	Total
<i>Fragestellungen, Anlässe</i>			
1. Berufs-, Studienwahl	1 068	1 096	2 164
2. Lehrstellensuche	614	700	1 314
3. Probleme während der Ausbildung	101	88	189
4. Laufbahnplanung-, Karriereplanung, Neuorientierung	1 022	1 494	2 516
5. Beruflicher Wiedereinstieg	24	75	99
6. Arbeitslosigkeit	380	302	682
7. Finanzielle Fragen	346	460	806
8. Persönliche, soziale Probleme	244	261	505
9. Integrationsfragen (AusländerInnen)	165	206	371
<i>Lösungswege, Bildungsziele</i>			
10. Verbleib in aktueller Situation (Bildung/Arbeit)	256	324	580
11. Zwischenlösung, Praktikum, Beschäftigungsprogramm	397	448	845
12. Berufslehre, Anlehre, Vorlehre	1 054	1 122	2 176
13. Berufsmaturitätsschule	137	156	293
14. Diplommittelschule, Verkehrsschule	24	77	101
15. Gymnasium, Lehrerseminar	87	144	231
16. Höhere Berufsbildung	329	420	749
17. Fachhochschule, Pädagogische Hochschule	213	326	539
18. Universität, ETH	28	41	69
19. Nachdiplomstudium	45	65	110
20. Kurs (Erwachsenenbildung im Quartärbereich)	406	610	1 016
21. Berufliche Selbständigkeit	57	71	128
22. Psychosoziale Beratung	75	84	159
23. Stellensuche/Erwerbstätigkeit	425	474	899

Tabelle 4 Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit

	Total
Klassenbesprechungen	243
BIZ	143
Schulhaus	100
Veranstaltungen für Eltern und Lehrpersonen	106
Vermittelte Schnupperlehren (BERA 43 / REAL 149)	206
Referate	83
Beiträge in Medien	83
Praktikantenbetreuung	36
Kurse (Offene Schreibwerkstatt, Berufswechsel, Laufbahnplanung an Berufsschulen)	116
davon CH-Q	7
Informationsveranstaltungen	96
davon Berufe an der Arbeit	17
Anzahl TeilnehmerInnen	18 020
Anzahl TeilnehmerInnen ohne «Berufe an der Arbeit»	3 020
Schulhaussprechstunden	
Anzahl Präsenzen	707
Stundenaufwand	1 847
BIZ-Präsenzen (BERA 196, INDO inkl. Springer 291)	487

Tabelle 5 Auskunftserteilung des Berufsinformationszentrums

	Total
BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin	4 573
BesucherInnen, die sich selbst informieren	15 737
Telefonische Auskünfte	1 854
Schriftliche Auskünfte	688
Interne Informationen an BerufsberaterInnen	877
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4 200
Total der Auskunftsleistungen	27 929

Tabelle 6 Realisierungsunterstützung der Lehrstelleninformation/-vermittlung

	Total
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3 448
Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA)	48 531
Gezielt abgegebene Lehrstellenadressen	680
BesucherInnen	10 316
Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA)	1 200
Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben	8 020
Kontakte mit BerufsberaterInnen	1 320

Tabelle 7 *Ausbildungsbeiträge: Unterscheidung nach Fonds*

	Anzahl	Betrag
Städtische Stipendien	347	995 700
StadtbürgerInnenfonds	15	63 100
Ausbildungsdarlehen	2	10 000
Stipendienstiftungen (private)	144	652 035
Total	508	1 720 835

Tabelle 8 *Ausbildungsbeiträge: Unterscheidung nach Bildungsgängen*

	Anzahl (ohne Beiträge Stiftungen)	Betrag
10. Schuljahr	100	122 800
Maturitätsschulen	30	41 000
Berufslehren	28	43 300
Vor-, Aus- und Weiterbildung	183	354 800
Fach(hoch)schulen	69	217 900
Hochschulen	98	289 000
Total	508	1 068 800

Amt für Soziale Einrichtungen

Familienergänzende Betreuung

Tabelle 1 Belegung 2003 nach Einrichtungen

Einrichtung	Verfügbare Plätze*	Zahl der Klientinnen/ Klienten	effektive Betreuungstage	Auslastung in %
5540.00.52 Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	59	156	13 883	97.1
5540.00.53 Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	148	334	37 052	100.5
5540.00.54 Kinderkrippen Krankenhäuser (Krippen Käferberg und Mattenhof)	34	68	7 115	109.5
5540.00.55 Tagesbetreuungszentrum Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	58	111	14 556	108.6
5540.00.56 Im Kehr, Gais	10	280	3 823	114.1
Total Familienergänzende Betreuung	309	949	76 429	102.6

Tabelle 2 Belegung 2003 nach Produkten

Produkt	Verfügbare Plätze	Zahl der Klientinnen/ Klienten	effektive Betreuungstage	Auslastung in %
3.90.23 Familienunterstützende sozialpädagogische Dienstleistungen	10	280	3 823	114.1
3.90.01 Krippen	299	669	72 606	102.1
Total Familienergänzende Betreuung	309	949	76 429	102.6

Tabelle 3 Betriebskosten 2003 nach Einrichtungen

Einrichtung	Betriebsausgaben*	Betriebs-einnahmen	Betriebs-ergebnis	Anteil der Taxen in %
5540.00.52 Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	2 137 519	659 341	- 1 478 178	90
5540.00.53 Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	4 621 853	1 550 884	- 3 070 969	86
5540.00.54 Kinderkrippen Krankenhäuser (Käferberg und Mattenhof)	861 149	275 204	- 585 945	96
5540.00.55 Tagesbetreuungszentrum Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	1 833 769	338 936	- 1 494 833	90
5540.00.56 Im Kehr, Gais	968 095	190 823	- 777 272	93
Ergebnis Familienergänzende Betreuung	10 422 385	3 015 188	- 7 407 197	89

Tabelle 4 Betriebskosten 2003 nach Produkten

Produkt	Betriebsausgaben*	Betriebs-einnahmen	Betriebs-ergebnis	Anteil der Taxen in %
3.90.23 Familienunterstützende sozialpädagogische Dienstleistungen	968 095	190 823	- 777 272	93
3.90.01 Krippen	9 454 290	2 824 365	- 6 629 925	88
Total Familienergänzende Betreuung	10 422 385	3 015 188	- 7 407 197	89

* Direkte Bruttokosten ohne Anteile FEB-Leitung und ASE-Overhead

Die Kostenindikatoren (z.B. Bruttokosten pro Betreuungstag) können erst nach Abschluss der Kostenrechnung beziffert werden.

Wohn- und Obdachlosenhilfe

Tabelle 5 Begleitetes Wohnen (BeWo)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	339	348
Durchschnittliche Belegung	320	319
Total Aufenthaltstage	116 627	116 482
KlientInnen mit externem Mietverhältnis	8	11
Anzahl Kontakte mit BewohnerInnen (Hausbesuche, Gespräche, ...)	9 125	8 114
Anzahl verschiedene Liegenschaften	42	47
davon Liegenschaften Dritter (externe Betreuungsverhältnisse)	8	11
Vorabklärungen	2003	2002
Telefonische Auskünfte, Beratungen und Abklärungen	721	521
Persönliche Informationsgespräche	111	95
Persönliche Aufnahmegespräche	188	156
Total	1 020	772
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	308	310
Anzahl Eintritte	117	89
Anzahl Austritte	101	91
davon eigene Wohnmöglichkeiten	25	32
davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.)	8	5
davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz	38	32
davon infolge Mietzinsrückständen	1	3
davon verstorben	15	3
davon andere	14	16
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	324	308
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	76	82
Anzahl Männer	250	241
Total	326	323
Verteilung nach Herkunftsort (Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	326	322

Anmerkung: In den Rubriken «Fluktuation», «Geschlecht» und «Verteilung nach Herkunftsort» wurden die KlientInnen mit externen Mitverhältnissen mitgezählt.

Tabelle 6 Begleitetes Wohnen Plus (BeWo Plus)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	13	14
Durchschnittliche Belegung	11	11
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	4 048	4 055
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	13	11
Anzahl Eintritte	18	16
Anzahl Austritte	22	14
davon eigene Wohnmöglichkeit	1	1
davon in andere WOH-Institutionen	8	3
davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.)		1
davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz	10	5
davon infolge Mietzinsrückständen	1	2
davon andere Gründe	2	2
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	9	13
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	4	2
Anzahl Männer	8	10
Total	12	12
Verteilung nach Herkunftsort (Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	12	12

Tabelle 7 Bürgerstube (BS)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	28	28
Durchschnittliche Belegung	25	23
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	8 976	8 250
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	26	23
Anzahl Eintritte	40	38
Anzahl Austritte	40	35
davon eigene Wohnmöglichkeiten	14	10
davon in andere WOH-Institution	6	2
davon in vergleichbare Institutionen	2	4
davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.)	5	4
davon verstorben		2
davon andere	13	13
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	26	26
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	8	7
Anzahl Männer	20	18
Total	28	25

Verteilung nach Herkunftsort (alle Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	27	21
Anzahl Übrige	1	4
Total	28	25

Anmerkung: Bis Herbst 2002 waren 4 Doppelzimmer aus sozialen Gründen mit 4 Einzelpersonen belegt.

Tabelle 8 Junges Wohnen (JuWo)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	41	39
Durchschnittliche Belegung	36	34
Total Aufenthaltstage (Übernachtungen)	13 170	12 441
Anzahl Kontakte mit BewohnerInnen	7 693	5 388
Anzahl verschiedene Liegenschaften	3	3
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	31	33
Anzahl Eintritte	41	28
Anzahl Austritte	35	30
davon eigene Wohnmöglichkeiten	14	16
davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz	12	9
davon andere Gründe	9	5
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	37	31
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	23	19
Anzahl Männer	15	17
Total	38	36
Verteilung nach Herkunftsort (Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	30	27
Anzahl Übrige	8	9
Total	38	36

Tabelle 9 *Magazindienst (MD)*

Auftragsübersicht	2003	2002
Angemeldete Aufträge	1 390	1 413
Durchgeführte Aufträge	1 313	1 349
davon Exmissionen durchgeführt	106	141
davon Einlagerungen	291	309
davon Auslagerungen	220	239
davon Möblierungen von Wohg./Zi.	186	119
davon Liquidationen	56	50
davon Umzüge/Räumungen	220	24
davon «Übrige»**	234	467
Maximale Lagerkapazität in m ³	3 200	3 000
Durchschnittliche Auslastung pro Jahr	3 028	2 824

** Depotliquidationen, Teilauslagerungen, zusätzliche Einlagerungen, Aussortieren von Lagerposten, Aussuchen von Hausrat, Schenkungen abholen, Wohnungsabgaben, Abraumentsorgung

Tabelle 10 *Notbetten für Randständige (NoR)*

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Betten (Durchschnitt)	12	11
Durchschnittliche Belegung	6	8
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	2 312	2 811

Tabelle 11 *Notschlafstelle (NST)*

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Betten (Durchschnitt)	43	33
Durchschnittliche Belegung	32	31
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	11 823	11 298
Geschlecht (alle Übernachtungen)	2003	2002
Anzahl Frauen	2 328	1 680
Anzahl Männer	9 495	9 618
Total	11 823	11 298
Verteilung nach Herkunftsort (alle Übernachtungen)	2003	2002
Anzahl Stadtzürcherinnen	11 531	11 089
Anzahl Übrige	292	209
Total	11 823	11 298

Tabelle 12 Notwohnungen (NW)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnungen (Durchschnitt)	204	210
Durchschnittliche Belegung	193	199
Durchschnittliche Anzahl Personen (Familienangehörige/Rentner)	716	776
Fluktuation	2003	2002
Bestand Mietverhältnisse per 31.12. des Vorjahres	185	219
Anzahl Neueintritte (1. Mietverhältnis)	110	55
Anzahl Austritte	109	89
davon eigene Wohnmöglichkeiten	102	79
davon Ausschluss	5	9
davon andere	2	1
Bestand Mietverhältnisse per 31.12. des Berichtsjahres	186	185
Umsiedlungen / Kontakte	2003	2002
Anzahl durchgeführte Umsiedlungen innerhalb der Einrichtung	47	40
Anmeldung / In Take	374	320
Erst- und Vertragsgespräche / Hausbesuche	1 049	950

Tabelle 13 Wohnwerkstatt (WW)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	24	24
Durchschnittliche Belegung	22	20
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	8 210	7 251
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	23	22
Anzahl Eintritte	10	25
Anzahl Austritte	11	24
davon eigene Wohnmöglichkeiten	3	11
davon in andere WOH-Institution		2
davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.)	2	9
davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz	5	1
davon andere	1	1
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	22	23
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	6	5
Anzahl Männer	18	16
Total	24	21
Verteilung nach Herkunftsort (Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	20	19
Anzahl Übrige	4	2
Total	24	21

Tabelle 14 Werk- & Wohnhaus zur Weid (WWW)

Belegung/Auslastung	2003	2002
Verfügbare Wohnplätze	55	55
Durchschnittliche Belegung	54	53
Total Aufenthaltstage/Übernachtungen	19 614	19 343
Fluktuation	2003	2002
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Vorjahres	53	55
Anzahl Eintritte	12	7
Anzahl Austritte	14	9
davon eigene Wohnmöglichkeiten	2	2
davon Übertritte in Institutionen (Klinik, Heim, etc.)	9	5
davon infolge mangelnder Sozial- und Wohnkompetenz	1	
davon verstorbene	1	1
davon andere	1	1
Bestand BewohnerInnen per 31.12. des Berichtsjahres	51	53
Geschlecht (Aktive)	2003	2002
Anzahl Frauen	10	10
Anzahl Männer	44	44
Total	54	54
Verteilung nach Herkunftsort (Aktive)	2003	2002
Anzahl StadtzürcherInnen	29	31
Anzahl Übrige	25	23
Total	54	54
Beschäftigungsmassnahmen	2003	2002
Anzahl betreute Arbeitsplätze	70	70
Durchschnittliche Belegung (Personen)	50	53
Total geleistete Arbeitstage	12 394	13 440

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

Tabelle 1 Zusatzleistungen für AHV- und IV-RentnerInnen zusammen, Bruttoaufwendungen, Bundes- und Staatsbeiträge, Nettobelastungen

	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997
1. Auszahlungen:							
Ergänzungsleistungen	255 932 713	242 251 439	222 626 048	218 100 112	191 914 169	183 936 141	185 450 055
Beihilfen	29 534 569	28 874 796	26 861 198	28 020 044	26 131 790	26 657 339	26 788 353
Gemeindezuschüsse	41 223 324	40 663 445	33 026 213	34 780 426	33 552 056	39 134 198	39 800 993
Einmalzulagen	3 511 975	3 460 720	4 502 400	4 496 300	0	0	3 310 350
Zusammen	330 202 582	315 250 400	287 015 859	285 396 882	251 598 015	249 727 678	255 349 751
2. Einnahmen:							
Bundesbeiträge	19 575 787	18 815 150	17 058 743	38 085 365	18 304 889	17 415 399	17 801 568
Staatsbeiträge	80 235 035	77 426 400	70 716 248	70 729 580	74 487 606	71 305 298	72 886 420
Prämienvorbilligung	54 412 838	49 130 087	45 339 032				
Rückerstattungen	15 541 895	14 069 921	13 612 893	20 795 691	19 514 328	21 983 262	17 177 111
Zusammen	169 465 555	159 441 558	146 726 916	129 610 636	112 306 823	110 703 959	107 865 099
3. Nettobelastung:							
Stadt	160 737 027	155 808 842	140 288 943	155 786 246	139 291 192	139 023 719	147 484 652
4. Laufende Fälle	15 069	14 798	14 340	14 236	14 098	14 122	14 106

Tabelle 2

Anteile der durch Zusatzleistungen gedeckten Mieten

Stand Dezember 2003

Personen in Wohnungen	Total	Mieten gedeckt durch:		Ergänzungsleistungen und	
		Ergänzungsleistungen in Prozenten		Mietzuschuss	in Prozenten
Einzelpersonen AHV	5 831	4 491	77.0	5 194	89.1
Ehepaare AHV	732	527	72.0	612	83.6
Einzelpersonen IV	3 488	2 831	81.2	3 185	91.3
Ehepaare IV	388	267	68.8	314	80.9
Hinterlassene	121	87	71.9	98	81.0
Total	10 560	8 203	77.7	9 403	89.0

Deckung durch Ergänzungsleistungen: bis Fr. 1 100 bei Alleinstehenden
 (seit 1.1.2001 Erhöhung um Fr. 100 im Monat) bis Fr. 1 250 bei Ehepaaren
 max. Fr. 300 Erhöhung für rollstuhlgängige Wohnungen

Deckung inkl. städtischen Mietzuschuss bis Fr. 1 275 bei Alleinstehenden
 bis Fr. 1 425 bei Ehepaaren

Tabelle 3

Übersicht über das Vermögen Einzelpersonen

Stand Dezember 2003

Fr.	AHV-RentnerInnen			IV-RentnerInnen		
	Anzahl	in Prozenten	Summe in %	Anzahl	in Prozenten	Summe in %
0	175	1.9	1.9	208	4.4	4.4
1 - 5 000	2 073	23.0	24.9	1 754	36.7	41.1
5 001 - 10 000	1 207	13.4	38.3	677	14.2	55.3
10 001 - 15 000	858	9.5	47.8	433	9.1	64.4
15 001 - 20 000	761	8.5	56.3	348	7.3	71.7
20 001 - 25 000	870	9.7	66.0	312	6.5	78.2
25 001 - 30 000	628	7.0	73.0	227	4.8	83.0
30 001 - 35 000	438	4.9	77.9	153	3.2	86.2
35 001 - 40 000	355	3.9	81.8	134	2.8	89.0
40 001 - 45 000	328	3.6	85.4	97	2.0	91.0
45 001 - 50 000	229	2.5	87.9	67	1.4	92.4
50 001 - 55 000	200	2.2	90.1	56	1.2	93.6
55 001 - 60 000	158	1.8	91.9	51	1.1	94.7
60 001 - 65 000	102	1.1	93.0	44	0.9	95.6
65 001 - 70 000	113	1.3	94.3	34	0.7	96.3
70 001 und mehr	500	5.6	100.0	183	3.8	100.0
Total	8 995	100.0		4 778	100.0	

Tabelle 4

Höhe der AHV/IV Einzelrenten nach Geschlecht

Stand Dezember 2003

Fr.	AHV-RentnerInnen				IV-RentnerInnen			
	Frauen	in Prozenten	Männer	in Prozenten	Frauen	in Prozenten	Männer	in Prozenten
0 - 1054	477	6.9	209	10.3	429	19.5	396	15.2
1055	65	0.9	37	1.8	41	1.9	69	2.7
1056 - 1192	198	2.9	107	5.3	90	4.1	168	6.5
1193 - 1329	269	3.9	144	7.1	122	5.5	187	7.2
1330 - 1466	371	5.4	173	8.5	714	32.5	882	33.9
1467 - 1604	627	9.1	355	17.5	195	8.9	244	9.4
1605 - 1688	416	6.0	135	6.6	138	6.3	171	6.6
1689 - 1772	434	6.3	137	6.7	147	6.7	164	6.3
1773 - 1857	425	6.2	134	6.6	106	4.8	115	4.4
1858 - 1941	495	7.2	127	6.2	65	3.0	61	2.3
1942 - 2026	619	9.0	127	6.2	49	2.2	43	1.7
2027 - 2109	412	6.0	88	4.3	22	1.0	21	0.8
2110	2 083	30.2	260	12.8	81	3.7	78	3.0
Total	6 891	100.0	2 033	100.0	2 199	100.0	2 599	100.0

Tabelle 5

Übersicht über die Entwicklung der Einkommensgrenzen

Stand Dezember 2003

Gültig ab 1. Januar	Alleinstehende					Ehepaare				
	2004 Fr.	2003 Fr.	2002 Fr.	2001 Fr.	2000 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.	2002 Fr.	2001 Fr.	2000 Fr.
Einkommensgrenzen für Ergänzungsleistungen	17 300	17 300	16 880	16 880	16 460	25 950	25 950	25 320	25 320	24 690
Erweiterung für Beihilfen	2 420	2 420	2 420	2 420	2 420	3 630	3 630	3 630	3 630	3 630
Erweiterung für Gemeindegzuschüsse	3 600	3 600	3 600	3 140	3 140	5 400	5 400	5 400	4 710	4 710
Einkommensgrenzen total (= Mindesteinkommen)										
– jährlich	23 320	23 320	22 980	22 440	22 020	34 980	34 980	34 350	33 660	33 030
– monatlich	1 943	1 943	1 915	1 870	1 835	2 915	2 915	2 862	2 805	2 752
Mietzinsbeiträge										
Maximalansätze pro Jahr										
– laut kant. Gesetz	13 200	13 200	13 200	13 200	12 000	15 000	15 000	15 000	15 000	13 800
– laut städt. Verordnung	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100	2 100

Soziale Dienste

Table 1 Zahlungen nach Heimatgruppen

Heimatgruppen	Unterstützungen Total	Behörden	Rückerstattungen Andere Zahlungs- pflichtige	Zusammen
Kanton Zürich	56 041 604.45**	4 744 162.40 *	14 852 084.10	19 596 246.50***
Zuständigkeitsgesetz:				
– kein Kostenersatz	74 735 060.60	0.00	18 790 248.70	18 790 248.70
– mit Kostenersatz 100%	9 155 353.30	4 318 897.65	1 574 596.65	5 893 494.30
Ausland:				
– kein Kostenersatz	58 254 859.35	0.00	13 320 442.25	13 320 442.25
– mit Kostenersatz 100%	43 194 763.40	32 832 275.30	7 256 685.30	40 088 960.50
2003	241 381 641.10	41 895 335.25	55 794 057.00	97 689 392.25
2002	206 311 601.50	28 536 426.90	54 371 547.10	82 907 974.00

* Ohne Staatsbeitrag Vorjahr gemäss § 45 des Sozialhilfegesetzes

** ohne Krankenkassenbeiträge

*** ohne transitorische Abgrenzungsbuchungen: ausschliesslich vereinnahmte Geldmittel

Table 2 Zahlungen nach Kostenarten gemäss SKOS Richtlinien
(Zahlungen Sozialhilfe und Jugend- und Familienhilfe gemäss Sozialhilfegesetz SHG)

Rechnung 2003 Kostenarten	Unterstützungen Total
Grundbedarf Lebensunterhalt	78 066 143.95
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz	18 964 713.00
Wohnungs- und Nebenkosten	59 408 477.95
Medizinalkosten	16 224 541.45
Situationsbedingte Leistungen – allgemein	13 665 214.85
Situationsbedingte Leistungen – Integration Arbeitswelt	787 161.50
Situationsbedingte Leistungen – Platzierungskosten	53 687 347.65
Diverse Auslagen bei bedeckten Konti	577 268.75
Zwischentotal	241 380 869.10
Beiträge Krankenkassenprämien	26 210 871.87
Total	267 591 740.97
Rechnungsjahr 2002 ohne Krankenkassenprämien	206 311 601.50
Rechnungsjahr 2002 mit Krankenkassenprämien	224 702 175.30

Tabelle 3 *Rückerstattungen*

Rechnung 2003 Rückerstattung von	Unterstützung
Behörden:	
Direktion für Soziales und Sicherheit	33 432 155.25
Heimatbehörden	4 418 198.00
Bund, Asylbewerber	4 044 982.00
Total	41 895 335.25 *
Selbstzahler:	
Rückzahlungen	2 129 286.80
Lohn- und Vermögensverwaltung	276 538.65
Erbabtretungen	216 415.25
Total	2 622 240.70
Verwandte:	
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 206 634.95
Ehegattenalimente	357 282.55
Verwandtenunterstützung	803 616.60
Total	3 367 534.10
Sozialinstitutionen:	
IV/BH	25 815 250.90
AHV/ABH	2 416 371.60
Arbeitslosenversicherung	8 069 437.85
Krankenkassen	4 818 880.35
SUVA	737 123.15
Militär- & andere Versicherungen	375 762.20
Kinderzulagen	220 831.95
Sozialamt, bevorschusste Kinderalimente	2 450 769.00
Pensionskassen, Renten	1 456 881.25
Schulamt, Schulbeiträge	0.00
Öffentliche Verwaltungen, Stipendien	3 442 973.95
Total	49 804 282.20
Total Rückerstattungen ohne Behörden 2003	55 794 057.00
Total Rückerstattungen mit Behörden 2003	97 689 392.25
Total Rückerstattungen ohne Behörden 2002	54 371 547.10
Total Rückerstattungen mit Behörden 2002	82 907 974.00

* ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrages

Tabelle 4 Sozialhilfe

	2003	2002
I. Assessment		
Anzahl neue Fälle (Inkl. Wiederaufnahmen)	4 718	4 167
II. Wirtschaftliche Hilfe: Fallzahlen		
Durchschnittliche Anzahl Fälle	7 161	6 181
Kumulative Fallzahl	11 631	10 419
Anzahl abgeschlossene Fälle (Juli Vorjahr bis Juni Rechnungsjahr)	3 442	3 554
III. Wirtschaftliche Hilfe: Quoten		
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt)	3.6%	3.1%
Kumulative Sozialhilfequote (Stand Jahresende, verfügbar erst ab März des Folgejahres)		5.1%
Anteil ins Chancenmodell aufgenommene Fälle mit Gegenleistung	41.0%	
IV. Beratungen ohne finanzielle Leistungen		
Infodona: Anzahl beratene Personen	1 199	1 104
Infodona: Anzahl Beratungen pro Jahr	2 931	2 748

Tabelle 5 Jugend- und Familienhilfe

	2003	2002
I. Assessment		
Anzahl neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne wiederaufgenommene Fälle)	670	668
Anzahl neuer Platzierungen in Heimen	147	146
Anzahl neuer Platzierungen in Pflegefamilien	20	16
Anzahl neuer Platzierungen in Tagesstrukturen	82	51
II. Wirtschaftliche Hilfe		
Anzahl Kleinkinderbetreuungsbeiträge	388	403
Anzahl Alimentenbevorschussungsfälle	1 779	1 530
Anzahl Inkassofälle	3 238	3 069
III. Platzierungen		
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Heimen	435	435
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien	106	94
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen	126	84
Anzahl Platzierungen in Heimen (Umsatz)	589	589
Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien (Umsatz)	136	121
Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen (Umsatz)	189	129
IV. Beratungen ohne finanzielle Leistungen		
Jugend- und Familienhilfe: Anzahl Fälle	3 126	3 084
Jugend- und Familienhilfe: Anzahl abgeschlossene Beratungsfälle	857	852
Mütter-/Väterberatung: Anzahl erfasste Kinder	4 388	3 697
Mütter-/Väterberatung: Anzahl Beratungen	20 464	19 269
Jugendberatung: Anzahl beratene Personen	371	379
Jugendberatung: Anzahl Beratungsstunden	4 821	4 676
Pflegekinder: beaufsichtigte Pflegeverhältnisse *	240	259
Anzahl neuer beaufsichtigter Pflegeverhältnisse	41	45
Pflegekinder: beaufsichtigte Tagesverhältnisse **	354	313
Anzahl neuer beaufsichtigter Tagesverhältnisse	134	97

* Alle Wochen- und Dauerpflegeverhältnisse in der Stadt Zürich (Anzahl platzierter Kinder bei Pflegeeltern in der Stadt)

** Alle meldepflichtigen Tagesverhältnisse in der Stadt Zürich (Anzahl platzierter Kinder bei Tageseltern in der Stadt) werden vom Fachbereich Pflegekinder beaufsichtigt. Davon wurden 2003 (2002) 178 (162) durch den Fachbereich Pflegekinder selbst und 176 (151) durch den Tagesfamilien-Verein Zürich betreut.

Tabelle 6 Vormundschaftliche Massnahmen

	2003	2002
I. Assessment		
Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen Erwachsene	299	286
Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen Kinder und Jugendliche total	229	201
davon durch vormundschaftliche MandatsträgerInnen (ehemals Amtsvormundschaft)	99	95
davon durch SozialarbeiterInnen Quartierteams	130	106
II. Vormundschaftliche Massnahmen und Abklärungen		
Anzahl Fälle Erwachsene (Umsatz)	2 651	2 668
Anzahl Fälle Kinder und Jugendliche (ohne Feststellung Vaterschaft/Unterhaltspflicht) (Umsatz), total	1 402	1 292
davon durch vormundschaftliche MandatsträgerInnen (ehemals Amtsvormundschaft)	691	665
davon durch SozialarbeiterInnen Quartierteams	711	627
Beistandschaften zur Regelung Vaterschaft/Unterhalt	260	
Regelung Vaterschaft/Unterhalt ohne Beistandschaft	945	
III. Dienstleistungen für Klientinnen mit vormundschaftlichen Massnahmen		
Anzahl mit zusätzlicher Vermögensverwaltung	555	560
Anzahl mit zusätzlicher Rechtsvertretung	195	171
IV. Spezialaufgaben und Projekte		
Anzahl begleitete private Beistände	990	923

Tabelle 7 Schulsozialarbeit

	2003	2002
Anzahl SchulsozialarbeiterInnen	17	7
Anzahl betreute Schulhäuser	22	12